

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 110.

Dienstag, den 14. Mai 1907.

14. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Das heilige Eigentum.

Ein etwas Entsetzliches bereitet sich in Preußen vor. Wenn man den Haus- und Grundbesitzern, sowie ihrem Sprachrohr, der „Freisinnigen Ztg.“ glauben darf, befindet sich die preussische Regierung auf dem geradesten Wege zu einer — kommunistischen Bodenpolitik! Sie hat nämlich dem Landtag einen Gesetzentwurf vorgelegt, „gegen die Verunstaltung von Ortschaften und landschaftlich hervorragenden Gegenden“. Darin wird bestimmt, daß die Verschandelung schöner Landschaften durch Aufführung von Bauten nach Willkür des Besitzers, von der Behörde verboten werden kann. Unbestreitbar ist dies ein Eingriff in das Eigentumsrecht, und die Haus- und Grundbesitzer, die es als ihr unveräußerliches Naturrecht betrachten, ohne Rücksicht auf die lieben Nebenmenschen mit ihrem Grund und Boden zu machen, was sie wollen, schreien Gewalt. Die „Frankfurter Hausbesitzer-Ztg.“ läßt durch einen Spezialjuristen nachweisen, daß der Gesetzentwurf gegen die preussische Verfassung verstößt, und die „Freisinnige Ztg.“ — aus inniger Wahlverwandtschaft — gibt diesem Hochschrei weitere Verbreitung.

Man sieht, wie wenig Wert darauf, wie sich Regierung und Landtag mit der Verfassung auseinandersetzen. Denn wir wissen, daß eine herrschende Macht noch stets Mittel und Wege gefunden hat, das, was sie will, auch als Recht hinzustellen. Was uns an dem Vorgang interessiert, ist seine prinzipielle und symptomatische Bedeutung. Fernerhin sei vorweg bemerkt, daß die Hausbesitzer in diesem Falle auch mit ihrer Berufung auf die Verfassung unrecht haben. Allerdings befaßt Artikel 9 der preussischen Verfassung; „Das Eigentum ist unverletzlich“ und kann nur „aus Gründen des öffentlichen Wohls“ gegen Entschädigung und nach Maßgabe des Gesetzes „entzogen oder beschränkt“ werden. Aber das bezieht sich, wie jeder Jurist weiß, nur auf die Expropriation. Sonst wäre ja auch jede Polizeiverordnung über Beleuchtung von Treppen, Befestigung von Fenklappen zc. als „Beschränkung des Eigentums“ unzulässig. Nur der willkürlichen „Enteignung“ soll der Artikel 9 vorbeugen, und ein besonderes Gesetz über die Enteignung ist auch tatsächlich im Jahre 1874 ergangen. Übrigens käme es ja nur darauf an, was man als „öffentliches Wohl“ ansehen will. Wenn es der Regierung und dem Landtag gefällt zu erklären, daß der Schutz der Landschaften gegen Erzeugnisse des Privateigentums zum „öffentlichen Wohl“ gehört, so kann niemand etwas dagegen machen. Wir sind sogar überzeugt, daß der allergrößte Teil der Staatsbürger, nämlich alle, die keine Grundbesitzer sind, ihr Recht geben würden. Zudem ist ja bereits im Jahre 1902 ein Gesetz erlassen worden gegen die Verunstaltung schöner Gegenden durch Reklameschilder. Auch das ist ja eine Beschränkung des Eigentums. Der Spezialjurist der Hausbesitzer nennt das zwar einen „kleinen Faustschlag gegen den Artikel 9 der Verfassung.“ Aber so hübsch der Name gewählt ist, so gelangt er dazu doch nur durch Ignorierung der schon erwähnten Tatsache, daß nämlich Artikel 9 nur die Enteignung, und nicht die Beschränkung rücksichtslosen Gebrauchs des Eigentums treffen will und soll.

Indessen, wie gesagt, diese juristischen Zwirnsfäden sollen uns wenig kümmern. Wissen wir doch, daß die gesetzgebende Macht, wenn sie nicht will, darüber ganz gewiß nicht stolpern wird. Von Interesse ist vielmehr, daß die preussische Regierung sich zu einer solchen tief in das private Besitzrecht einschneidenden Maßregel genötigt sieht. Zeigt doch der Vorgang sonnenklar, wie sehr das private Besitzrecht dem „öffentlichen Wohl“ überhaupt zuwiderläuft.

Die Auflösung des mittelalterlichen gebundenen Besitzrechts, sozusagen die „Befreiung“ des Eigentums war eine der historischen Aufgaben des Liberalismus. Er hat sie gelöst, und nun zeigt sich, daß er damit nichts Endgültiges geschaffen, sondern nur den Boden bereitet hat für eine neue, noch höhere Form des Eigentums.

Die Entfaltung und Entwicklung der Produktivkräfte, die uns der Kapitalismus gebracht hat, wäre nicht möglich gewesen ohne die freie Verfügung des Besitzers über sein Eigentum in einer Schrankenlosigkeit, wie das Mittelalter sie nicht gekannt hat. Nun haben wir diese Schrankenlosigkeit, und alsbald zeigt sich, daß sie den weiteren, höheren Aufgaben der Gesellschaft wieder im Wege steht. Und das zeigt sich jetzt sogar schon bei einer Gelegenheit, wie der vorliegenden, die mit der weiteren Entfaltung der Produktivkräfte direkt garnichts zu tun hat. Es zeigt sich, daß die Rücksichtslosigkeit gegen den Nebenmenschen, der Wahlpruch „Jeder für sich“ nicht länger mehr Grundgesetz des Gesellschaftslebens bleiben kann.

Machen wir uns das nur am konkreten Fall klar. Ungezählte Generationen haben sich erquickt z. B. am Anblick

der Ruine des Heidelberger Schlosses. Nun fällt es dem Besitzer eines Nachbargrundstückes ein, dort ein Hotel zu bauen. Mit den Besuchern des Schlosses hofft er ein gutes Geschäft zu machen. Vom Standpunkt des privaten Eigentumsrechtes kann man absolut nichts dagegen einwenden. Und dennoch fühlen sich tausende, zehntausende dadurch in ihren Rechten gekränkt. Warum? Sie werden um eine Antwort, eine klare Angabe der Gründe zweifellos verlegen sein. Sie empfinden eben, daß hier der Privatbesitz dem Rechte der Allgemeinheit Abbruch tut. Der Mensch ist eben tatsächlich nicht auf sich allein gestellt, wie es der Liberalismus annimmt, sondern er ist auf das Zusammenleben mit anderen angewiesen.

Aber nun besetze man den Fall von der anderen Seite. Läge das Heidelberger Schloß in Preußen und wäre das Hotel noch nicht gebaut, so soll in Zukunft sein Bau verboten werden können. Geschieht nicht dem Besitzer damit schwereres Unrecht? Vielleicht hat er weiter kein Besitztum, auch sonst keine Möglichkeit, seinem Erwerb nachzugehen, und ist auf die Ausnützung dieses Grundstückes angewiesen. Und wenn auch nicht — ist es nicht sein gutes Recht, durch kluge Anwendung dessen, was ihm gehört, ein Vermögen zu erwerben? Wie darf ihn der Staat daran hindern?

Offenbar stehen hier zwei Rechte einander gegenüber, von denen, nach der herrschenden Staats- und Gesellschaftsauffassung, eines genau so begründet ist wie das andere, die sich aber schlechterdings nicht vereinigen lassen. Was tun?

Entschädigung, heißt da die Parole. Man zahle dem Besitzer aus Staatsmitteln eine angemessene Entschädigung und der Bau unterbleibt, so ist beiden Teilen geholfen. Auf die Entschädigung allein setzen denn auch die preussischen Hausbesitzer noch ihre Hoffnung, da sie wohl einsehen, daß sie eine Zurückziehung oder Ablehnung des Gesetzes nicht mehr erreichen werden.

Tatsächlich ist aber in dem Entwurf keine Entschädigung vorgesehen, und auch das dürfte nicht von ungefähr sein. Wie viel soll denn gezahlt werden? Der Wert des Grundstückes? Aber das ist doch keine Entschädigung für das Vermögen, das der Besitzer durch den Hotelbau zu erwerben gedachte. Also der volle ihm entgangene Gewinn? Wer sollte den abschätzen? Und außerdem ist das eine so ungeheuerliche Zumutung, daß selbst für gewöhnliche Entschädigungsfälle das Bürgerliche Gesetzbuch sie ablehnt. Auf der anderen Seite müßte der Staat geradezu ungeheuerliche Summen aufbringen, wenn er jeden einzelnen Grundbesitzer, der hier in Frage kommt, entschädigen wollte. Das ist einfach ein Ding der Unmöglichkeit.

Will der Staat anerkennen, daß die Allgemeinheit ein Recht hat über den nackten Broterwerb hinaus, ein Recht auf höheren Lebensgenuß, wozu denn auch das Recht gehört, sich die Schönheit der Natur nicht durch Sonderinteressen einzelner verschandeln zu lassen, so bleibt ihm demnach nichts übrig als einen recht tiefen Schnitt in die Heiligkeit des privaten Eigentums zu machen. Das Recht aller zu wahren, ohne das Recht einzelner zu schädigen, wäre eben nur möglich, wenn man sich von der liberalen Anschauung durchringt zu der höheren sozialistischen, d. h. wenn man zugibt, daß die Auflösung der Gesellschaft in lauter Einzelne, deren jeder unbekümmert um die anderen seinen Privatvorteil verfolgt, ersetzt werden muß durch die organische Zusammenfassung aller Einzelnen; wenn man, anstatt der eben negativen Nachwächterrolle, dem Staat die positive Aufgabe zuweist, für die Bervollkommnung und innerliche Bereicherung des Lebens aller seiner Mitglieder zu sorgen.

Es ist jedenfalls interessant, an diesem preussischen Gesetzentwurf zu beobachten, wie sehr die Entwicklung der Dinge nach dieser sozialistischen Lösung hindrängt.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

#### Bernunft!

Fürst Bülow ist ein geistreicher Herr, das muß ihm sein ärgster Feind lassen. Aber auch Homer nicht bekanntlich zuweilen ein, und auch vom Fürsten Bülow war es, höflich ausgedrückt, das Gegenteil von geistreich, als er in seiner jüngsten Reichstagsrede den Sozialdemokraten Bernunft predigte. „Den Kampf gegen die Sozialdemokratie“, sagte er gegen unseren Genossen David, „können die verbündeten Regierungen nur aufgeben, wenn sich die Sozialdemokratie auf den Boden der Bernunft stellt.“

Man denke: eine in Deutschland und anderen Kulturländern nach vielen Millionen zählende Partei, die schon ein Menschenalter hinter sich hat und an Anhängern, Macht und Bedeutung fortwährend gewachsen ist, wird mit der Trivialität „unvernünftig“ abgetan! Welche widerliche Überhebung liegt überdies darin! Man

mag zu einer welthistorischen Bewegung, zu den Zielen, die sie verfolgt, zu den Wegen, die sie einschlägt, sich stellen, wie man will; ob und wiefern ihr Vernunft innewohnt, das kann sich doch erst aus dem weiteren Verlauf ergeben. Sind nicht alle unwalzenden Bewegungen der Weltgeschichte, die schließlich ihre Siegesbanner triumphierend aufpflanzten, in ihren Anfängen von den Herrschenden als unvernünftig erklärt worden? War nicht auch das Christentum ursprünglich — nach bekanntem Wort — den Heiden eine Torheit, wie es den Juden ein Greuel war! Zuerst ignoriert, dann verlacht, dann gehäßt und verfolgt, dann geduldet, dann anerkannt und verwirklicht. Das ist von jeher das curriculum vitae (der Lebenslauf) revolutionärer Ideen gewesen.

Verrät man demnach nicht selber ein Defizit an Vernunft, wenn man die Sozialdemokratie apostrophiert, sie soll sich auf den Boden der Bernunft stellen.

Was ist überhaupt „Bernunft“? Die Philosophen haben allerlei Tiefinniges über den Unterschied von Verstand und Vernunft geschrieben, und Ludwig Börne hat einmal witzig bemerkt, sie verhalten sich zu einander wie ein ordinärer Pfannkuchen zur feineren Omelette. Das stimmt insofern, als die Vernunft die höhere Geisteskraft und Erkenntnisfähigkeit bezeichnet gegenüber dem hausbackenen Verstand, der in der engeren Sphäre des Wirklichen sich trefflich zurechtfinden mag, aber nicht darüber hinausgeht und den Fluß der Dinge ignoriert, der das Bestehende unterspielt, um Neues, Besseres ins Dasein treten zu lassen. Diesen Verstand erkennen wir den herrschenden Klassen zu, und besonders den klassenstaatlichen Regierungen, nach dem Spruch: „Wem Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch Verstand“ — wiewohl auch das keineswegs immer zutrifft, sonst würden sie nicht so viele grobe Böcke schießen, ihren eigenen Zwecken zuwider.

Die Vernunft steht auf einer höheren Warte, als auf den Zinnen des geschichtlich Gewordenen. Sie erpät das werdende, entdeckt die Zerfetzung unter der gleißenden Außenseite und die jungen Keime in dieser Zerfetzung, aus denen Blüten einer vollkommeneren Zukunft aufsprießen. Weil sie von der Idee der Entwicklung durchleuchtet ist, erblickt die Vernunft in ihren Schöpfungen nie dauernde Werke, sondern zeitliche, und sie verschlingt wie Saturn ihre eigenen Kinder, wenn „Bernunft Unsinn geworden“, löst gleich Penelope das Gebilde wieder auf, das sie dereinst am Webstuhl der Zeit gesponnen, um ein besseres und ein schöneres zu wirken.

Gegen diese Erkenntnis aber sträuben und vernageln sich die am Fortbestand des Bestehenden Interessierten. Sie sprechen zu ihm: „Verweile doch, du bist so schön“, ob es noch so vermorscht, kauflüchtig, häßlich und schädlich geworden für die überwiegende Mehrheit der Gesellschaft; ob dessen Unvernünftigkeit noch so grell und kraß in die Augen sticht.

Und darum kehren wir zwar den Spieß nicht um, um dem Fürsten Bülow Vernunft zu predigen — denn das wäre ja doch für die Raß — aber wir sind so frei zu erklären: Wir, wir Sozialdemokraten, stehen auf dem Boden der Vernunft, Ihr aber nicht. Denn der Klassenstaat, dessen Lebensfaden fortzuspinnen Euer Beruf, ist längst zur blanken Unvernunft geworden: oder Schillerisch gesprochen: „Die erhabene Vernunft, die stichtolde Tochter des göttlichen Hauptes, die weise Gründerin des Weltenbaus, die Führerin der Sterne, ist dem tollten Roß des Überwizes an Schweiß gebunden.“

Eine Gesellschaft, worin die in harter und übermäßig langer Arbeit sich abrackenden Massen, die allen Segen schaffen, kümmerlich leben, die künftigen Früchte des Kulturgartens, den sie pflegen und mit ihrem Schweiß düngen, entbehren müssen wie Tantalus die goldenen Äpfel, die ihn von den herabhängenden Ästen anlachen — indes eine Minderheit, die kaum die Hände und das Hirn rührt zu produktiver Tätigkeit, in schlaffenhaften Überflüssen schwelgt: Vernunft! — Eine Gesellschaft, in der eben jene Minderheit ein selbstherrliches und brutales Regiment führen kann und über Tausende von emsigen Arbeitern die Sperre verhängen darf, um sie mit der Hungerpeitsche ins Loch schlechtgelohnter Fronarbeit zu zwingen: Vernunft! — Eine Gesellschaft, die auf den Wirtschaftskampf aller gegen alle eingestellt ist, der jahraus jahrein tobt und zahllose Opfer fordert, und Geist und Herz verwüftet: Vernunft! — Staaten, die gegen den äppigen Gitterstrom, der ihnen zustießen will, Dämme aufzuführen und so künstlich die von der Kultur überwundenen Kalamitäten vergangener Epochen erneuern: Vernunft! — Staaten, welche die Bevölkerung fast bis zum Weisbluten für den bewaffneten Frieden, der doch niemals gesichert ist, den eine königliche Visite ins Wanken bringen kann: Vernunft! — Staaten, worin das Stimmzettel einer Einzelperson mehr bedeutet, als die trefflichsten Wünsche und

Forderungen des Volkes: Vernunft! — Und so fort in infinitum!

Indessen: Der Klassenidealismus, besser Riß sich durch alles zieht, erstreckt sich auf die Vernunft. Wie es eine Klassenmoral, ein Klassenrecht, ein Klassenchristentum gibt, so gibt es außerdem auch noch eine Klassenvernunft; eine Vernunft, die durch den Klafengeist umgestaltet, auf den Kopf gestellt, ins Abnorme umgeschlagen, zur Unvernunft entartet ist. Nicht bloß in Mordehäusern halten die Insassen sich selber für die vernünftigen Leute und die wirklich Vernünftigen für unvernünftig. Im Lande der Hinkenden und Stotternden helfen hinkend, die gerade gehen, und stotternd, die fließend reden!

**Parlamentarische Affordmannerei.** Es ist schade, daß August von Platen sein Rubellied schon vor 70 Jahren gebichtet hat. Hätte er die zauberhaften Wunder erlebt, die die Diäten im deutschen Reichstage bewirkt haben, so hätte er sicher das Gedicht vom rollenden Rubel noch um diese oder jene satirische Zeile vermehrt. — Am Montag war der Reichstag schon um 11 Uhr beisammen und erledigte eine Anzahl Vorlagen, deren bloße Titel schon ein Reclamheft füllten würden. Etwas länger hielt er sich beim Handelsabkommen mit Amerika und bei den Beamtengesetzen auf. Bei dem ersteren jammerten die Agrarier wieder einmal; Genosse Wolkenbühr rief ihnen aber mit erquickender Gerichtheit ihre Schuld an den Verschlechterungen der deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen unter die Nase. Die zustimmende Haltung zu den Beamtengesetzen, der einzigen positiven Leistung dieses Wahlschwindelreichstags, begründete kurz der Genosse Südekum. Die dritte Lesung des Etats begann mit einer kraft- und temperamentvollen Rede des Genossen Bebel. Unser Fraktionsredner führte die Billow, Oldenburg u. Co. gebührend ab und erregte durch die Aufdeckung der sauberen Wahlgeldgeschäfte die Entrüstung der edlen Freisinnshottentotten. Unter dem Beifallsgebrüll der Rechten verließen der Schwabe Hausmann und der Meiningener Müller dieser Entrüstung in einem Sammelruf von Schimpfworten Ausdruck. Bebel ergriff dann noch einmal das Wort und führte die freisinnigen Schwäger so gründlich ab, daß sie nicht mehr zu mucksen wagten. Aber den „Feiß“ des Blockreichstags — himmlische Götter! — und den Stotterverein sprach salbungsvoll der Bassermann und nach noch intensiverer Durchpeitschung schrie der Liebermann. — In der Spezialdiskussion kam zuerst der Etat der Reichskanzlei an die Reihe. Wieder betonten ehrliche weltliche Ideologen den blockistischen Beutepolitikern unverständlichen Standpunkt, daß es schon vor 1866 Könige von Gottesgnaden gegeben habe. Genosse Ulrich-Hessen sprach in wirklicher Weise über die Reichseisenbahngemeinschaft. Hierauf wurde der Etat des Reichskanzlers und der Reichskanzlei bewilligt. Dienstag sind verschiedene dritte Lesungen sowie Wahlprüfungen auf der Tagesordnung.

**Weitere Brotverteuerungen in Sicht.** Nach den Notierungen des Deutschen Landwirtschaftsrates kostete in Berlin die Tonne Roggen Mittel April 1903: 133, 1904: 134, 1905: 138,50, 1906: 160,50, 1907: 172 Mk. Am 3. Mai notierte Berlin 194 Mk. Daß hiernach ein weiteres Anziehen der Brotpreise unausbleiblich ist, wird einleuchtend sein. Schon jetzt aber ist die Preissteigerung einfach schauerhaft: 1904 134 Mk. und 1907 194 Mk. — Das sind die Folgen der neuen Zollpolitik! Verteuerung des Lebensunterhalte in einem Maße, wie man es in früheren Zeiten nicht für möglich gehalten hätte. War es sonach übertrieben, die Billowische „Ara“ als Hungerkurs zu bezeichnen? Gar manchem, der sich bei der letzten Reichstagswahl für einen Brotverteurer einfangen ließ, dürften die Augen noch sperweit aufgerissen werden.

**Nafeweise Dämchen.** Der Vorstand des Vaterländischen Frauenvereins für den Landkreis Breslau veröffentlicht einen schnurrigen Aufruf gegen die „Sittlosigkeit“ an Deutschlands Mütter und Frauen, der in folgender Tendenz gipfelt:

„Hier kann nur der von sittlichem Ernst getragene starke Arm des Staates eingreifen, um dem Volksbewußtsein zu Hilfe zu kommen, das sich gegen diese auf angebliche künstlerische Ziele gerichteten Zuchtlosigkeit und gegen die Prostitution jeder Art endlich aufzubauen beginnt.“

Also her mit einer neuen Ley Heinze! Die Dämchen, die sich solchermäßen blamieren, sollen lieber auf Basaren hocken, als ihre Nase in Dinge zu stecken, von denen sie nichts verstehen. Die Prostitution wuchert aus der sozialen Struktur der kapitalistischen Gesellschaft hervor und der „von sittlichem Ernst getragene starke Arm des Staates“ — Welch ein Bild! — kann nichts daran ändern. Und was Zuchtlosigkeit angeht, mögen die Breslauer Sittlichkeitswächterinnen erst einmal in den Regionen sich umsehen, in denen nach dem Ausspruch eines preussischen Ministers die materialistische Gesinnung immer mehr überhand nimmt.

**Freisinnige Wahlmacht.** Die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ macht sich das boshafte Vergnügen, aus dem Bericht der Wahlprüfungskommission über die Wahl des freisinnigen Abgeordneten Dr. Delbrück in Ugedom-Wollin einiges mitzuteilen, was in den eingegangenen Wahlprotesten über die Art gesagt wird, wie von freisinniger Seite die Wahl gemacht worden ist. Es wird u. a. behauptet, „ein Bahnarbeiter habe mitgeteilt, daß er von der Partei Dr. Delbrücks sehr reichlich bei den verschiedensten Gelegenheiten mit Bier usw. traktiert worden sei, und daß er deshalb Herrn Dr. Delbrück seine Stimme geben wolle.“ In Wahlversammlungen soll ferner gehört worden sein, daß die Wähler sich gegenseitig zugerufen hätten, für 3 Mark bezw. 6 Mark könnten sie tüchtig Kadavermachen. Die bezahlten Agenten der freisinnigen Partei sollen den Auftrag erhalten haben, „Bier zu schmeißen und Zigarren zu geben“, wo sie nur etwas geben könnten; Geld sei ja da. Der Besitzer des Gasthofes, in dem die Sozialdemokraten von Swinemünde verkehren, soll vom Wahllokale aus an sein Hotel telephoniert haben, es solle Bier sahweise aufgelegt werden; die Kosten des Verfahrens würden von der freisinnigen Parteikasse getragen. Leider hat die Kommission beschlossen, alle diese Protestpunkte unbeachtlich zu er-

klären, da ein Stimmenkauf in diesen Vorgängen allein nicht gefunden werden könne.“ Sehr interessant ist weiter die Mitteilung, daß bei der Stichwahl ein als Vorkämpfer im Wahlbureau tätiger freisinniger Kaufmann zu einem Sozialdemokraten gesagt haben soll: „Zum Donnerstag, Ihre Leute kommen ja gar nicht. Laufen Sie doch und holen Sie, was Sie können; es kann bei uns doch kosten, was es will.“ Schließlich finden wir in einem Proteste die Mitteilung, daß zwei Lehrer die Wahlanträge, Flugblätter und Wahlzettel der freisinnigen Partei durch die Schulkinder haben verteilen lassen. Auch in diesem Punkte ist leider Beweiserhebung nicht beabsichtigt worden, weil Dr. Delbrück selbst dann noch die Mehrheit haben würde, wenn die Wahl in den betreffenden Orten für ungültig erklärt worden wäre.“ Und boshaft fügt das Blatt die Bemerkung hinzu: „Wir haben diesen interessanten Wahlbericht nur deswegen mitgeteilt, um gegebenenfalls den Herren Freisinnigen, wenn sie wieder Steine aufheben sollten, das Glashaas zu zeigen, in dem sie selber bisweilen sitzen.“ — Die freisinnige Presse kann da den Agrariern mit Recht zurufen, sie sollten nur erst vor der eigenen Tür kehren, denn da liegt der Dreck in noch viel höheren Häufen. Im allgemeinen aber gilt das Wort: Sie sind allzumal Sünnder.

**Die Regierung auf Urlaub.** Die bis jetzt noch über die „Nordb. Allg. Ztg.“ verfügende Regierungselique wünscht den Fürsten Billow noch länger am Ruder zu erhalten. Kein Wunder, je ohnmächtiger der verantwortliche Kanzler, desto leichter das Treiben der Unverantwortlichen! Das Zivil-, Militär- und Marine-Kabinett herrschen ohnehin tatsächlich, und man wünscht dort offenbar einen verantwortlichen Minister, der sich ständig auf Urlaub befindet, um nicht in ihren Entscheidungen gestört zu werden, wenn aus Versehen einmal der Kanzler doch geschäftsfähig sein sollte. So meldet die „Nordb. Allg. Ztg.“:

„Einige Provinzialblätter beschäftigen sich mit angeblich in parlamentarischen Kreisen umlaufenden Gerüchten, die von Differenzen zwischen Sr. Majestät dem Kaiser und dem Reichskanzler und von einer Kanzlerkrise als deren Folgen wissen wollen. Wir stellen fest, daß diese Gerüchte jeder tatsächlichen Unterlage entbehren. Ebenso unbegründet ist die Behauptung, daß Fürst Billow unwohl sei und demnächst einen Erholungsurlaub antrete. Der Reichskanzler wird voraussichtlich erst im Juli den gewohnten Sommeraufenthalt in Nordsee nehmen.“

Die Legende weiß von Fürsten zu erzählen, die regierten, obwohl sie längst nicht mehr lebten. In Deutschland wird man demnächst das Verfahren auf die Kanzlerschaft anwenden.

**Merkwürdige Käuze.** In den drei freisinnigen Grüppchen hat die Abstimmung über den Antrag Kaempf, dem Genossen Ledebour das Wort zu entziehen, die merkwürdigsten Blüten gezeitigt. Erst kam Nommensen, dann Naumann und jetzt ein dritter, Storz von der süddeutschen Volkspartei, der in eigentümlichem Lichte erscheint. Die „Augsburger Abendzeitung“ erzählt nämlich von diesem Herrn: Als der Vizepräsident Kaempf an das Haus die Frage richtete, ob dem Abg. Ledebour nach dem dreimaligen Ordnungsruf das Wort zu entziehen sei, blieb der württembergische Demokrat Storz zunächst sitzen. Auf die vermunderte Frage des neben ihm sitzenden Sozialdemokraten Robert Schmidt (Berlin), also Ledebours Spezialkollegen, weshalb er nicht aufstehe, antwortete der Abg. Storz: „Mein demokratisches Gewissen verbietet mir das, da ich die beiden letzten Ordnungsrufe nicht für berechtigt halte.“ Darauf entfuhr dem Gehege der Zähne des Abg. Schmidt unwillkürlich das Wort: „Aber Sie können doch nicht gegen ihren eigenen Präsidenten stimmen!“ Das leuchtete Herrn Storz plötzlich ein und er erhob sich noch im letzten Augenblick, freilich nachdem das Ergebnis der Abstimmung bereits vom Bureau festgestellt war.

**Jesko's Nachfolger.** Legationsrat Dr. Seiz ist zum Gouverneur von Kamerun bestellt worden. Jesko ist in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden. — Als ein guter Griff kann die Ernennung Seiz' gewiß nicht bezeichnet werden.

### Osterreich-Ungarn.

**Der Tag der Entscheidung.** Am heutigen Dienstag finden in Osterreich die Wahlen zum Reichsrat statt und zwar auf Grund des neuen Wahlrechts. Seitens unserer Genossen ist eine energische Tätigkeit entfaltet worden. Hoffen wir, daß der heutige Tag für unsere österreichischen Genossen ein Siegestag werde.

**Ein neues Prügelgesetz.** Nachdem das Schulverfassungsgesetz zur Annahme gelangt ist, bemüht man sich jetzt im Parlament, ein neues Sklavengesetz für das landwirtschaftliche Gesinde unter Dach und Fach zu bringen. In den Kommissionen, der Agrarkommission und der Arbeitskommission wurde mit Hochdruck daran gearbeitet. Die Feudalen dominieren vollständig und sie haben alles getan, um ein Gesetz zustande zu bringen, wodurch sie das Gesinde wiederum vollständig in ihre Gewalt bekommen. Das Recht des Gutsherrn, seinem Gesinde Disziplinarstrafen aufzuerlegen, ist zwar fallen gelassen worden, aber wohl nur, um nach Außen den Eindruck zu erwecken, daß man sich konzilient zeigt und die wirklichen Härten des Gesetzes aufgegeben habe. Dagegen hat man die schändliche Bestimmung, wonach die gewaltsame Vorführung der Bediensteten angeordnet werden kann, wieder in das Gesetz mit aufgenommen. Vor allem aber sollen die „Heger“ von der ganzen Schärfe des Gesetzes getroffen werden und der Ackerbauminister Daranyi selbst hat seine ganze Autorität für diese schändliche Strafbestimmung eingesetzt. So gelangt die Vorlage an das Abgeordnetenhaus; sie macht die Grundbesitzer zu absoluten Herren über das Gesinde. Allein die Herren dürften vielleicht doch zu früh triumphieren haben, die Tatsachen werden sich hoffentlich auch diesmal stärker erweisen, als die am grünen Tisch ausgeheckten Pläne. Die Arbeiterschaft beginnt den Widerstand zu organisieren; in Budapest und in der Provinz haben am vergangenen Sonntag zahlreiche Protestversammlungen stattgefunden.

### Russland.

**Die Banditen an der Arbeit.** Der „Russ. Korr.“ wird aus Petersburg gemeldet: Das Hauptorgan des „Schwarzen Hundert“, die „Rukhoje Snamja“, empfiehlt den Monarchistenparlamentarier, Skandale in der Duma zu veranstalten. Im Falle, daß sie daraufhin ausgeschlossen werden würden, sollten sie den Dumasaal nicht verlassen. Die „Snamja“ zweifelt daran, daß die Regierung Militär zur Beseitigung der Monarchisten hergeben werde. Falls das dennoch geschehe, desto besser, die Soldaten müßten daran gewöhnt werden, die Deputierten mit Bajonetten zu behandeln. Jedesmal beim Erscheinen des Militärs in der Duma müßten die Monarchisten es begrüßen und es durch Reden aufklären über die Notwendigkeit, die Duma gewaltsam zu vertreiben. — Diese Halunken können also offen zu Gewalttätigkeiten auffordern, ohne daß ihnen der Mund gestopft wird. Russische Rechtszustände!

### Frankreich.

**Unsere französischen Genossen haben ihre Stellung zu der gegenwärtigen Bourgeoisregierung in einem Manifest dargelegt, dessen Hauptpunkte wir nachstehend kurz wiedergeben. Es beginnt: „Am 6. und 20. Mai 1906, am Abend der Parlamentswahlen, konstatierten die republikanischen Wähler Frankreichs mit Freude den Willen zum Fortschritt, den das Land an den Tag gelegt hatte. Die Reaktion schien zermalmt. Auch die sozialistische Partei freute sich; sie hatte einen großen Anteil am Erfolge. Trotz des antisozialistischen Appells Clemenceaus in Lyon steigerte sich die sozialistische Vertretung im Parlament von 41 auf 52 Abgeordnete. Die sozialistische Partei freute sich auch, weil nun die radikale Partei in den Vollbesitz der Macht kam und im Stande war, ihr Programm zu verwirklichen. Wenn sie aber ihr Programm erschöpfte, beschleunigte die radikale Partei, ob sie es wollte oder nicht, die sozialistische Bewegung, sowohl durch die erreichten Reformen als durch die den Arbeitern beigebrachte Überzeugung, daß das wahre Hilfsmittel in der Ergreifung der Macht zur sozialistischen Umwandlung des Eigentums besteht. Wenn sie aber ihre eigentliche Aufgabe nicht erfüllte, würde die radikale Partei selbst allen jenen Proletariern die Augen öffnen, deren Masse noch viel zu oft und in vielen Orten das beste Element ihrer Macht ist. Es wird nun darauf hingewiesen, daß seit jener Wahl ein Jahr verfloßen sei, und dann werden die Leistungen der herrschenden radikalen Partei aufgezählt, wie sie die sozialen Gesetze verfallene oder gänzlich fallen ließ, vertagte oder gar nicht in Angriff zu nehmen wagte. Dagegen sei Paris im Belagerungsstand, unter der Fuchtel einer frechen und zynischen Polizei, und zwar jedesmal an den Tagen der Arbeiterkombinationen; die Vorkämpfer der Arbeiter und Angestellten würden brotlos gemacht oder arretiert. Hätten das die republikanischen Wähler gewollt? Überall wird die freie Meinungsäußerung ganz wie unter dem Kaiserreich als Verbrechen verfolgt; überall sind jene gesetzlichen Anordnungen wieder in Kraft getreten, deren grundsätzliche Gehässigkeit sie hatte in Vergessenheit geraten lassen. Werden wir es weiter dulden, daß unsere regierenden Radikalen die Republik durch ein derartiges Attentat entehren? „Bürger! Die sozialistische Partei hat durch alle ihre Verbände bereits Stellung genommen. Durch die Manifestationen, durch die Versammlungen, in der Presse, im Parlament wird sie energisch kämpfen, um die Träger der sozialen Reaktion zurückzudrängen, indem sie die Macht des sozialistischen Landes mit der Aktion seiner Abgeordneten vereinigt. Bereits hat der Herr Clemenceau sein Vorhaben, den allgemeinen Arbeitsbund zu erschaffen, aufzugeben müssen. Mit ihm muß die verantwortliche radikale Partei gezwungen werden, abzulassen von der Knechtung des Proletariats, die sie durchzuführen sucht. Bei dieser notwendigen Aufgabe werdet Ihr uns helfen. Ihr werdet Euch um die sozialistische Partei scharen, die einzige wirkliche Stütze der Republik in der gegenwärtigen Zeit. Wir zählen auf Euch, wie Ihr auf die sozialistische Partei zählen könnt.“**

Mehr und mehr drängt sich auch dem französischen Proletariat die Erkenntnis auf, daß alles Vertrauen auf die bürgerlichen Radikalen, alles Pakieren mit der radikalen Bourgeoisie nur schädlich wirkt. Die unglückselige Millerand'sche Erbschaft, die „Klassenharmonie“, ist aufgegeben und Soures selbst, der früher dem prinzipiellen Zusammengehen mit bürgerlichen Republikanern das Wort redete, bekennt sich nun offen und ehrlich zum Klassenkampf, zur reinlichen Scheidung des Proletariats von den Bourgeoisparteien. Das ist sehr erfreulich im Interesse der gesamten internationalen sozialistischen Bewegung.

### Rumänien.

**Nach russischen „Muster“** werden die politischen Gefangenen in Rumänien behandelt. Wie aus Czernowich gemeldet wird, ist Mihail Coganiceanu, der Sohn des bedeutendsten rumänischen Staatsmannes, seit siebzehn Tagen in eine Dunkelzelle gesperrt und nimmt keine Nahrung zu sich, weil er befürchtet, daß dem Essen Gift beigemischt ist. Seine Frau hat beim Justizminister vorgelassen, ohne ein Resultat zu erzielen.

### Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 14. Mai.

**Achtung, Holzarbeiter!** Zuzug nach Bölln (Lauenburg) ist fernzuhalten.

**Erabemünde.** Gesperrt für Bauarbeiter ist das Geschäft von Schermann.

**Warnung vor Zuzug nach dem Hamburger Hafen.** Der Hafenbetriebsverein in Hamburg ist eifrig bestrebt, Arbeitskräfte nach dem Hamburger Hafen heranzuziehen. In verschiedenen Blättern befindet sich folgendes Inserat: „Hafenarbeiter in Hamburg gesucht. Wir suchen Arbeiter für die Stauerbetriebe, entweder auf Kontrakt mit wöchiger Kündigung zum Wochenlohn von 30 Mk. für zehnstündige Arbeitszeit werktäglich und 1 Mk. für die Stunde Nacht- und oder Sonntagsarbeit, oder im Tagelohn von 4,80 Mk. bis 5,60 Mk. je nach Art der Ladung per Werktag und 6,20 Mk. bis 6,60 Mk. für eine 8 1/2 stündige Nacht oder für den Sonn- oder Festtag. Anmeldungen und Nachfragen sind an unsere Zentrale, Baumwall 11, zu richten. Hafen-

berlebs-Verein in Hamburg, E. B. Die Kontraktarbeit soll in den Fällen als Streikbrecherkorps dienen. Deshalb sei vor der Annahme von Kontraktarbeit dringender gewarnt. Im übrigen hat die forcierte Herbeischaffung von Arbeitskräften den Zweck, die Hamburger Hafenarbeiter geistiger zu machen. Wir warnen deshalb vor dem Zuzug nach Hamburg!

**Ein ziemlich heftiges Gewitter** zog heute morgen gegen 3 Uhr über unsere Gegend und störte die Nachtruhe mancher ängstlichen Leute. Blitzschäden sind uns bisher nicht gemeldet worden. Mit dem Gewitter verbunden war ein warmer Regen, der nach drei Tagen tropischer Hitze angenehme Abkühlung und für Wald und Flur die ersehnte Erquickung brachte.

**Die öffentlichen Badeanstalten** auf Markt, Falkenwiese und am Hinkenberg sind vom Mittwoch, den 15. d. Mts. ab bis auf weiteres geöffnet an den Sonn- und Festtagen von morgens 5 bis nachmittags 2 Uhr, an den Werktagen von morgens 5 bis nachmittags 1 Uhr und von nachmittags 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> bis 9 Uhr. Das Baden ist unentgeltlich. Der Gebrauch von Badehosen ist vorgeschrieben.

**Aus dem Gerichtssaal.** Wegen gefährlicher Körperverletzung und Vergehens gegen die Seemannsordnung hatte sich der Schiffszimmermann K. am Sonnabend vor der hiesigen Strafkammer zu verantworten. Der Angeklagte, der auf dem Dampfer „Dora Horn“ angestellt war, betrat sich, als sich das Schiff im Hafen von Funchal befand, dem Kapitän, daß er nicht mehr arbeiten konnte. Als er später etwas ernüchtert war — das Schiff befand sich schon wieder auf See —, soll er andere Leute ebenfalls von der Arbeit abgehalten haben. Dem Befehl des ersten Offiziers, Grafson, ihm zum Kapitän zu folgen, kam K. nicht nach, sondern er setzte sich zur Wehr, wobei ein Handgemenge entstand. Der Angeklagte zog sein scharfes Seemannsmesser und schlug während um sich, dabei den ersten Offizier erheblich verletzend. Schließlich gelang es, ihn zu überwältigen. Der Dampfer mußte wieder umkehren, um den verwundeten Offizier in das Spital zu Funchal einliefern zu können. Das Urteil lautet auf 1 Jahr 3 Monate Gefängnis, von dem drei Monate als durch die Untersuchungshaft verbüßt angesehen werden sollen.

**Konkursverföhung.** Über das Vermögen des Fahrradhändlers Max Sommermeyer in Lübeck, Fackenburg Allee Nr. 13/15, ist am 13. Mai 1907, nachmittags 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden. Der Rechtsanwalt Meyer zu Lübeck wurde zum Konkursverwalter ernannt.

**6. Gantag des 6. Gaues des Deutschen Buchbinder-Verbandes.** Gauvorsitzer Schlegel aus Hamburg eröffnete die Konferenz um 9<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr mit einer Ansprache im Gewerkschaftshaus zu Kiel. Nach dem Bericht der Mandatsprüfungskommission waren außer dem Gauvorsitzenden Schlegel aus Altona 3, Hensburg 2, Kiel 2, Hamburg 5, Lübeck 2, Neumünster 2 und Rostock, Schwerin, Harburg und Lüneburg je 1 Delegierter anwesend. Die Diäten für die Delegierten wurden für einen Tag auf 8 Mk. und für 2 Tage auf 12 Mk. festgesetzt. Aus dem Bericht des Gauvorsitzenden über die verfloffenen zwei Jahre ist folgendes zu entnehmen: Dem Beschluß des vorigen Gantages, für die Gaukasse einen bestimmten Beitrag zu leisten, ist von den Zahlstellen mit großer Majorität zugestimmt worden. Die Einrichtung eines Arbeitsnachweises für den Gau hat dagegen die in ihn gesetzten Erwartungen nicht erfüllt; weder die Arbeiter noch die Mitglieder selbst haben die Einrichtung unterstützt, sie hat deshalb vollständig versagt. Agitationsveranstaltungen in Hensburg, Lübeck, Kiel, Rostock, Schwerin usw. waren zum Teil von Erfolg. Der Gauleiter beschwerte sich darüber, daß der Verbandsvorstand nicht genügend Mittel für die Agitation zur Verfügung gestellt habe. Im Jahre 1906 sei es wegen der Aussperrungen in den Tarifstädten nicht möglich gewesen, Agitation zu betreiben, da die vorhandenen Mittel für die Durchführung des Kampfes benötigt wurden. Unter anderem wurde dann noch ausgeführt, daß die eingeleitete Statistik von den Kollegen nicht so ausgeführt worden sei wie es nötig war. In der sich anschließenden Debatte wurde von fast sämtlichen Rednern Klage geführt darüber, daß in dem Gau nicht die Agitation geleistet worden sei, die erforderlich war; erst nach der Mittagspause hatte der erste Punkt der Tagesordnung seine Erledigung erfahren. Aus dem sich anschließenden Bericht der einzelnen Zahlstellen ergab sich, daß Altona 172, Hensburg 28, Hamburg 590, Kiel 36, Lübeck 33, Rostock 11, Schwerin 14, die übrigen etwas weniger Mitglieder, männliche und weibliche zusammengekommen, haben. Die folgenden Punkte der Tagesordnung: „Die Aufgaben des nächsten Verbandstages und der Zusammenschluß der graphischen Berufe“ wurden auf Vorschlag gemeinschaftlich zusammenbehandelt. Die hierauf folgenden einleitenden Referate hatten der Gauleiter und Rüstler-Hamburg übernommen. Die allgemeine Ansicht über die geplante Invalidenversicherung ging dahin, daß sich auf dem bevorstehenden Verbandstage wohl kaum eine Majorität dafür finden werde. Von einzelnen Delegierten wurde es überhaupt für praktisch befunden, eine Gewerkslosenunterstützung einzuführen, während andere den Wert dieser Einrichtung bezweifelten. Die Anstrengung des Zusammenschlusses sämtlicher graphischer Berufe zu einem einheitlichen Industriebund wurde von sämtlichen Anwesenden als erstrebenswert erachtet. Der besonders vom Gauleiter angeregte Kampf gegen allgemeine Tarifverträge fand bei der überwiegenden Mehrheit der Delegierten keine Zustimmung; dagegen war man sich klar, daß eine größere Beitragsleistung nötig ist, um größeren Kämpfen gewappnet gegenüberzutreten; über die evtl. Einführung von Staffelbeiträgen waren Meinungsverschiedenheiten vorhanden. Eine intensiver Agitation, insbesondere im Gau, wurde als dringend erforderlich befunden. Beschlossen wurde, beim Verbandsvorstand anzuregen, daß er entsprechende Mittel zur Agitation bewilligt. — Der Antrag Hensburgs, auf Gewährung von Darlehen als Reisevorschuß an unbemittelte ledige Schiffsleute, die gezwungen sind, an anderen Orten Stellung anzunehmen, wurde dem Gauvorstand überwiesen. Weiter wurde beschlossen, die Berichte, Statistiken der Zahlstellen usw. des 6. Gantages in Broschürenform herauszugeben und zum Selbstkostenpreis an die Mitglieder abzugeben. — Als Ort des nächsten Gantages wurde Lübeck bestimmt. Sobald nicht andere triftige Gründe vorliegen, sollen überhaupt die künftigen Gantage dieses Gaues aus Zweckmäßigkeitsgründen in Hamburg-Altona oder Lübeck abgehalten werden; es wurde noch gewünscht, daß der Verbandsvorstand künftig die Hälfte der Kosten der Gantage trägt. Damit war die Tagesordnung erledigt.

**Öffentlicher Schlachthof.** Betrieb im Monat April 1907. Es wurden geschlachtet im Monat März 1907: 479 Ochsen, 58 Büffel, 77, Kühe und Stieren 680, fette Kälber 479, nuchterne Kälber 1014, Lämmer 2, Ziegen 36, Schweine 2927, Schafe 351, Pferde 42, zusammen 5616 Tiere. Beanspruchungen: 1. Untauglich der ganze Tierkörper: 1 gänzlich vernichtet: 1 Schwein wegen eiteriger Blutvergiftung, 2 Schweine wegen Gelbsucht, 2 Schweine wegen Schweinepest (Schweinepest), 1 Kalb wegen Lungenentzündung mit hochgradiger Abmagerung, 1 Kalb wegen Lungen- und Nierenentzündung, 1 Ziege wegen hochgradiger Abmagerung, 2 auf der Freibank verkauft: 1 Kuh wegen Tuberkulose, 8 Schweine wegen Tuberkulose, 1 Schwein wegen Gelbsucht,

2 Schweine wegen Schweinepest (Schweinepest), 1/4 Schweinefleisch wegen Tuberkulose. 3. Im Dampfdesinfektor getöcht: 1 Kuh wegen Tuberkulose, 8 Schweine wegen Tuberkulose, 1/4 Rindfleisch wegen Tuberkulose, 2/3 Schweinefleisch wegen Tuberkulose. 4. Dem Vergartens zur Fütterung der Tiere überwiesen: 1 Schaf wegen allgemeiner Wassersucht, 1 Kalb wegen mangelhafter Entwicklung. Bei den übrigen geschlachteten Tieren sind 1172<sup>1</sup>/<sub>2</sub> einzelne erkrankte Organe beschlagnahmt und unschädlich beseitigt worden. 976 Kilogramm Fleisch auswärts geschlachteter Tiere wurden auf dem Schlachthofe unterzucht.

**Die Verlängerung des Straßenbahnbetriebes** am Abend wird nunmehr vom 1. Juni d. J. ab eintreten und zwar dergestalt, daß auch Fahrkarte des um 12.30 Uhr nachts eintreffenden Zuges noch Gelegenheit haben, sowohl nach dem Burgtore als auch nach dem Mühlenore zu fahren.

**Vereinsregister.** Am 13. Mai 1907 ist der Verein „Theosophische Gesellschaft in Lübeck“, mit dem Sitz in Lübeck, in das Vereinsregister eingetragen worden.

**Wilhelm-Theater.** Man schreibt uns: Auf die morgige zweite und letzte Aufführung von Gerhart Hauptmanns „Einsame Menschen“ wollen wir nicht unterlassen noch besonders aufmerksam zu machen, da weitere Wiederholungen ausgeschlossen sind. Das hochinteressante Stück hat in vorzüglicher Darstellung eine starke Wirkung erzielt. An den beiden Vorkursen geht der sensationellste Schlager der Spielzeit: „Der Erbe von Raskerville“ in Szene. In der Romanreihe der Sherlock Holmes Detektivromane ist der Hund von Raskerville wohl der spannendste und aufregendste und es kommt daher nach dem Misserfolge, welchen die bisher erschienenen Sherlock Holmes-Stücke in England und auf dem Kontinent erzielten, nicht ausbleiben, daß auch dieser Roman seinen dramatischen Bearbeiter fand. Das hier zur Aufführung gelangende Stück zeigt uns den geriebenen Detektiv wieder als den großen Verbrecherfänger. Es fehlen nicht die üblichen Verkleidungskomödien, seine überrauschenden Tricks und wunderbaren Errettungen aus größter Lebensgefahr. Die Gesamtwirkung war überall, wo es bislang aufgeführt, außerordentlich stark und dürfte auch hier dem Wilhelmtheater recht oft zu unverkauften Häusern verhelfen.

**Ahrenböf.** Besinnungsschüsse! Der Vorsitzende des Kriegerverbandes für das Fürstentum Lübeck machte auf dem hier stattgefundenen Verbandstage die Mitteilung, daß in zwei Vereinen Ausschreitungen von Mitgliedern erfolgt müßten, da sie bei der Reichstagswahl sozialdemokratisch gewählt hatten. — Ingeblisch sind die Reichstagswahlen doch geheim: wie konnte man da wissen, wie die Leute gewählt hatten. Die Spitzelung der Mitglieder scheint demnach mit zur Aufgabe der Kriegervereine zu gehören.

**Hamburg.** Mord. Im Zollhaus, querab vom Johannisbollwerk, fand ein Donkeymann aus der Nikolaistraße 31 gestern morgen 6<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr ein Paket im Wasser, das aus einer mit Indusfaden fest umschürten wollenen Decke bestand. In dem Paket befand sich die Leiche eines etwa zwei- bis dreijährigen Mädchens. Die Tote ist 82 cm groß und kann etwa 2—3 Wochen im Wasser gelegen haben. Sie war schon stark verwes. Arme, Brust und Unterleib waren fest in ein grobes Tuch eingewickelt und mit starken Stricken fest umschnürt. Auf der Leiche war ein Schraubstock im Gewicht von etwa drei Pfund festgebunden. Die Junge des toten Mädchens war zwischen den Jähnen festgeklemmt, der Mund fest verschlossen. Mutmaßlich hat das Mädchen seinen Tod durch Ertränken gefunden. Die Leiche, die bisher nicht erkannt worden ist, wurde ins Hasenkrankenhaus gebracht. Die Legalsektion ist angeordnet.

**Hamburg.** Mordversuch. In der Strandmission in der Richardstraße hatte vor einigen Tagen der Mitte der vier Jahre stehende frühere Händler Emil Knuth Aufnahme gefunden und zwar wurde er in der Küche beschäftigt. Als er Sonnabend nachmittag entlassen werden sollte, verlangte er von dem Hausvater Helms 10 Mk., die er noch zugute haben wollte. Dieser Betrag wurde ihm aber vorläufig noch nicht gegeben, weil befürchtet wurde, Knuth würde dann wieder dem Trunke verfallen. Der Händler zeigte sich ganz aufgeregt, ging schließlich fort und kam abends wieder. Er verlangte nun noch einmal die 10 Mk. Als er aber wieder abgewiesen wurde, zog er einen Revolver hervor und feuerte ihn zweimal auf den Hausvater ab. Beide Schüsse trafen auch, es waren jedoch Streifschüsse. Helms wurde an den Hüften und am Schlüsselbein verletzt: er verblieb im Hause. Der Täter wurde auf der Stelle festgenommen.

**Heterfen.** Die sämtlichen Arbeiter der Guericke Eisenwerke sind am Montag in den Ausstand eingetreten. Zuzug von Formern, Kernmachern, Schlossern und Gießereihilfsarbeitern ist streng fernzuhalten.

**Wilhelmshaven.** Tot aufgefunden. Der seit acht Tagen verschwundene Pöbolsenmaat Lindner von der zweiten Matrosen-Division wurde Sonnabend im Park tot aufgefunden. Verschiedene Anzeichen lassen auf ein Verbrechen schließen.

**Kiel.** Die ausgesperrten Kieler Holzarbeiter nahmen in zwei Versammlungen, am Sonnabend und am Sonntag vormittag, Stellung zu dem in Berlin gefällten Schiedsspruch. Von 492 Anwesenden erklärten sich schließlich 314 für und 178 gegen den Schiedsspruch.

**Hensburg.** Sämtliche Maurer begannen gestern den Streik. Sie verlangen, statt des gezahlten Stundenlohnes von 55 Pfg., fortan 60 Pfg. So melden bürgerliche Blätter.

**Güstrow.** Die schwarzen Boeden sind in Schließenberg bei Güstrow ausgebrochen. Der davon befallene Tagelöhner Hoffmann ist bereits gestorben. Seitens des Kreisphysikus sind umfassende Vorsichtsmaßregeln getroffen. — Das Opfer übermäßigen Schnürens ist ein 18jähriges Mädchen geworden. Infolge zu starker Einengung des Brustkorbes erkrankte sie ganz plötzlich an Lungenentzündung. Die Lunge war infolge des Schnürens bereits so stark angegriffen, daß das Mädchen am folgenden Tage starb.

**Schleswig.** Ein Rekrutenquäler. Vor dem Kriegsgericht der 18. Division hatte sich der zwanzigjährige Unteroffizier Peterson von der vierten Kompagnie des Infanterie-Regiments v. Manstein (Schlesw.) Nr. 84 in Schleswig wegen einer ganzen Reihe von Verfehlungen, begangen Ende 1906 und Anfang 1907, zu verantworten. Ihm werden vor schriftwidrige Behandlung und Mißhandlungen Untergebener in 360 Fällen, Mißbrauch der Dienstgewalt, Verleitung zum Ungehorsam gegen einen Kompagniechef, Unterschlagungen und Gelbborgen, alles begangen gegen Untergebene, zur Last gelegt. Der Angeklagte kam Anfang Oktober v. J. von einer Unteroffizierschule als Gefreiter zum Regiment, wurde nach einigen Tagen zum Unteroffizier befördert und mit der Ausbildung der Rekruten betraut. Unglücklicherweise befanden sich in

seiner Korporalschaft mehrere minderwertige Leute, zwei polnische Rekruten, namens Ratt und Wiesniewski, die ihm die Ausbildung durch Schläppheit, Widerwilligkeit und Unsauberkeit erschwerten, und ein etwas geisteschwacher Rekrut, der inzwischen wieder vom Militär entlassene Dienstmacht Schöner aus Groß-Soltbold, der ihm infolge seiner geistigen Minderwertigkeit das Leben besonders sauer machte. Am nun aber nicht fortwährend mit Nebenungen an den Hauptmann herankommen zu müssen und dadurch den Anschein zu erwecken, als ob er nicht imstande sei, seine Autorität als Vorgesetzter zu wahren, hat der Angeklagte in dem Bestreben, brauchbare Soldaten auszubilden, die schlechten Leute, wie er angibt, scharf angefaßt; er hat sich aber zu Mißhandlungen hinreißend lassen. Die Anklage legt ihm in bezug auf Ratt und Wiesniewski je 180 Fälle von Mißhandlung durch Ohrfeigen, Schläge und Stöße ins Gesicht zur Last. Ferner warf Peterson mit einem Scheitel nach den Leuten und verlegte dadurch einen Rekruten erheblich am Kopfe. Den geisteschwachen Rekruten Schöner, der in die Stube gespuckt hatte, zwang er durch wiederholten Befehl, sich hinzulegen und den Speichel wieder aufzulecken. Eines Tages warf der Angeklagte, als seine Korporalschaft nicht schnell genug antrat, die Tischplatte mit dem drauffstehenden Kaffee und Brot um. Ratt mußte eines Nachts aufstehen und auf der Stube im Hemd Freiübungen machen, ein anderes Mal mußte er längere Zeit „Gewehr strecken“ üben, sich hinlegen und aufstehen. Von vertriebenen Rekruten hat der Angeklagte sich Gelbbörge von 15 Mk. bis 16 Mk. geborgt oder zu borgen versucht. Die Unterschlagung wird darin gefunden, daß Peterson 12 Mk., die er von den Leuten seiner Korporalschaft zur Ablieferung an den Photographen eingesammelt hatte, für sich behalten hat. Der Angeklagte bestritt die ihm zur Last gelegten Straftaten oder gab ihnen eine abgeschwächte Darstellung. Es ergab sich, daß die Unteroffiziere wiederholt und regelmäßig bei der Parole ermahnt waren, die Leute nicht anzufassen. Die Zahl der Mißhandlungen schrumpfte durch die Beweisaufnahme auf 158 zusammen, darunter 42 außer Dienst. Gelbbörge und vor schriftwidrige Behandlung blieb in je 2 Fällen bestehen, die Unterschlagung beschränkte sich auf 8 Mk. Das Kriegsgericht verurteilte Peterson zu sechs Monaten Gefängnis und Degradation.

**Burg a. F.** Traurige Folgen anonymen Briefschreiberei. Zum Selbstmord des Lehrers Jap, den wir bereits kurz meldeten, wird bürgerlichen Blättern noch berichtet: In einem anonymen Schreiben an die Polizei war der allgemein beliebte und geachtete Lehrer beschuldigt worden, sich an Kindern unflüchtig vergangen zu haben. Diese niederträchtige Anschuldigung, die nach allgemeiner Ansicht durch nichts begründet ist, hat den unglücklichen jungen Mann in den Tod getrieben. Begreiflicherweise herrscht auf der Insel gegen den anonymen Briefschreiber große Erregung.

**Stenburg.** Der Landtagsabschied ist nach dem „Hann. Cour.“ in diesem Jahre recht nichtstündig ausgefallen. Er führt noch einmal die unter Mitwirkung des Landtags zustande gekommenen Gesetze auf und gibt Bescheid über die Stellung der Regierung zu den noch nicht Gesetz gewordenen Gegenständen der Landtagsverhandlung vom letzten Winter. Da heißt es allerdings zumeist: dies und das soll geprüft, oder es sollen die Ergebnisse der Prüfung jener Frage bekannt gegeben werden. Diesmal kommen meistens ganz interne Landesfragen in Betracht. Prüfen wird die Regierung u. a., ob es möglich ist, das Ruhealter für Zivilstaatsdiener von 70 auf 65 Jahre herunterzusetzen; ebenso, ob sich nicht die vorweltlichen Holzdeputate im Fürstentum Lübeck beseitigen lassen.

**Notost.** Der Wahlrechtsraub ist perfekt. Die vom Rat und der Bürgervertretung beschlossene Abänderung des 4. Artikels des Statuts der Bürgervertretung vom 15. Mai 1887 ist urkundlich vom Landesherren bestätigt worden. Darnach bilden für die Ausübung des Wahlrechts die 1. Klasse alle diejenigen Bürger, die zur Einkommensteuer mit einem jährlichen Einkommen von M. 6001 und darüber, die 2. Klasse diejenigen, die mit einem Jahreseinkommen von M. 2501 bis M. 6000 veranlagt sind. Die 3. Klasse wird durch diejenigen Bürger gebildet, die ein geringeres Einkommen als M. 2501 haben.

### Wilhelm-Theater.

**Der Tanzhufar.** Lustspiel in 3 Akten von Jacoby und Pohlmann. Als erste Neuheit in dieser Saison brachte das Wilhelm-Theater den „Tanzhufaren“ heraus, ein Lustspiel, das wenigstens den Namen nach an das ebenfalls von einer Kompaniestroma hergestellte „Hufarenfieber“ erinnert, das inhaltlich jedoch mit demselben sehr wenig gemein hat. Der Tanzhufar, um den es sich hier handelt, empfindet diese Bezeichnung sehr unangenehm und sträubt sich energisch dagegen, als solcher zu gelten. Im übrigen kann man nicht gerade behaupten, daß sich die Verfasser in große geistige Unkosten gekürzt hätten; die Witze sind sehr scharf und die komischen Situationen so selten, als nur irgend möglich. Die Wiedergabe konnte durchaus befriedigend. Allerdings hätte Herr Fund als Vertreter der Titelrolle noch schneidiger sein können; immerhin suchte er möglichst viel aus seiner Rolle zu machen. Sollte übrigens dieser Künstler, und auch noch andere, nicht wissen, daß beim Militär die Haare kurz getragen werden? Ein forscher Oberst war Herr Braach. Originell gab Herr Norden den Rentier und Vizepräsidenten des Klubs der Enthaltensamen, Müller, der irrtümlicherweise für einen Scharfrichter gehalten wird. Den Burtschen des Tanzhufaren spielte Herr Heß recht humorvoll. Zwei appetitliche Passische stellten die Damen Campmann und Lotte Kinder dar, während die Frau Oberst durch Frau Kinder ebenfalls würdig vertreten war. Das Publikum nahm das harmlose Stück recht beifällig auf. P. L.

### Literarisches.

Soeben ist im Verlag von J. G. W. Dieck Nachf. in Stuttgart erschienen: **Dialektisches.** Volkstümliche Vorträge aus dem Gebiete des proletarischen Monismus. Von Ernst Unter mann XVI und 142 Seiten. Preis gebunden Mk. 1.—. Aus dem Inhalt heben wir hervor: 1. Was die Handlungen der Menschen bestimmt und warum sich die Dinge ändern. — 2. Der menschliche Geist ist ein natürliches Produkt des Weltalls. — 3. Marxismus, Darwinismus, dialektischer Monismus. — 4. Tier- und Menschen-gesellschaften. — 5. Biologische und ökonomische Arbeitsteilung u. a. m. „Dialektisches“ ist eine Streitschrift, die bei Marxisten und Darwinisten Beachtung finden wird.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Löwig; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Steffing. Verleger: Th. Sch war z. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Die Geburt einer kräftigen Tochter zeigen  
hoch erfreut an

**E. Trilck und Frau.**

Am 11. d. M. entschlief sanft nach kurzem  
werem Leiden unser lieber

**Emil**

im Alter von 18 1/2 Jahren. Tief betrauert und  
schmerzlich vermisst von Eltern u. Geschwistern.  
Stoddsdorf, den 11. Mai 1907.

**Joh. Hoffmann und Frau**, geb. Denter.  
Die Beerdigung findet 10 1/4 Uhr vom  
Trauerhause aus statt.

Heute morgen 8 Uhr entschlief sanft nach  
langer schwerer Krankheit mein lieber Mann  
und meiner Kinder guter Vater, der Arbeiter  
**Karl Nehlsen**.

Tief betrauert von den Seinen.  
**Katharine Nehlsen**, geb. Schmidt,  
Kinder, Mutter, Schwiegereltern u. Verwandten.  
Die Beerdigung findet am Donnerstag  
nachmittags 2 1/4 Uhr vom Sterbehause, Jo-  
sephinstraße 9, aus statt.

Ein freundlich möbliertes Zimmer zu  
vermieten Schützenstraße 21 a, II.

Ein freundlich möbliertes Parterrezimmer  
an jungen Mann zu vermieten. Näheres  
Engelswisch 31, part.

Bei der unterzeichneten Klasse ist zum  
1. Mai 1907 die Stelle eines

**Krankenkassens**

zu besetzen. Das Gehalt beträgt Mk. 1200  
für das Jahr und steigt jährlich um Mk. 40  
bis zum Höchstgehalt von Mk. 1800. Mel-  
dungen sind bis spätestens 31. Mai ds. Js.  
bei der Klasse einzureichen.  
Die Ortskrankenkasse.

**Verband d. Fabrik-, Land-, Hilfs-  
arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschl.**  
(Zahlstelle Lübeck.)

**Nachruf.**

Am Montag, den 13. Mai, starb unser  
langjähriges Mitglied, der Kollege

**Carl Nehlsen.**

Wir werden demselben ein ehrendes An-  
denken bewahren.

Die Beerdigung findet am Donnerstag,  
den 16. Mai, nachmittags 3 Uhr, vom Sterbe-  
hause, Josephinenstraße 9, aus statt.

Abmarsch der Kollegen zur Teilnahme an  
der Beerdigung mittags 2 Uhr vom Vereins-  
haus.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
**Die Ortsverwaltung.**

Ein Kaufmädchen, nicht unter  
12 Jahren,  
zu sofort gesucht Westhoffstraße 28, pt.

Zu kaufen gesucht ein starker Kinder-  
wagen zum Handeln. Näheres  
Reiferstraße 2 a.

Zwei noch gut erhaltene Fahrräder billig  
zu verkaufen  
Werderstraße 28, vorm Burgtor.

Kräftige Kohl- u. Selleriepflanzen,  
sowie eine große Partie Ferkel hat zu verk.  
**H. Lange, Mort.**

Junge Miesekauinchen zu verkaufen,  
Georgstraße 15 a, I.

**Grasbutter** Central-Molkerei  
Rostock.

Verkaufsstellen: Breitestraße 11, Moislinger Allee 2a.

**Wer kennt**

noch nicht die beliebte Delikatess-Margarine  
**Solo in Carton?** Es gibt in  
Deutschland wohl nur noch wenige Hausfrauen, die nicht Solo  
kennen. Wer einmal einen Versuch mit dieser unter  
staatlicher Aufsicht hergestellten Margarine gemacht  
hat, will sie nicht wieder entbehren. Solo-Margarine  
ist nur halb so teuer, wie Naturbutter, hat dabei  
alle deren Vorzüge und ist ausserordentlich nahrhaft,  
leicht verdaulich und bekömmlich. Man verlange  
also ausdrücklich **Solo in Carton**, denn für deren  
Wohlgeschmack und Frische wird durch Datumauf-  
druck auf jedem Paket garantiert.

Solo in Carton ist überall zu haben!

**Achtung Bauarbeiter!**

Außerordentliche  
**Mitglieder - Versammlung**

am Mittwoch, den 15. Mai,

abends 8 1/2 Uhr

im grossen Saale des 'Vereinshauses', Johannisstrasse 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung vom Verbandstag.  
Referent: Gauleiter C. Grünig - Hamburg.
2. Sommervergügen.

Das Erscheinen aller Kollegen ist dringend erforderlich.

**Der Vorstand.**

Man abonniert jederzeit auf das  
schönste und billigste  
Familien-Witzblatt



**Meggendorfer-Blätter**

München 2 Zeitschrift für Humor und Kunst  
2 Vierteljährlich 13 Nummern nur M. 3.—

Abonnement bei allen Buchhandlungen und  
Postanstalten. Verlangen Sie eine Gratis-Probe-  
nummer vom Verlag, München, Theatinerstr. 47

Kein Besucher der Stadt München

sollte es veräumen, die in den Räumen der Redaktion,  
Theatinerstraße 47 III befindliche, äußerst interessante Aus-  
stellung von Originalzeichnungen der Meggendorfer-Blätter  
zu besichtigen.

Täglich geöffnet. Eintritt für jedermann frei!

Durch unseren Verlag zu beziehen:

**„Bilder aus Lübeck's  
Vergangenheit“**

Zusammengestellt von  
**Theodor Schwartz.**

Aus dem Inhalt des 639 Seiten umfassenden Werkes  
heben wir das Nachstehende hervor:

Das „wendische“ („Alt“) Lübeck an der Schwartau. — Das  
„welfische“ Lübeck. — Das „kaiserliche“ Lübeck. — Das „reichs-  
freie“ Lübeck. — Das „hanfische“ Lübeck. — Die ersten bürger-  
lichen Unruhen in Lübeck. — Der große nordische Krieg. —  
Jürgen Bullenwever. — Lübeck's letzter hanfischer Krieg. —  
Die Reiser'schen Unruhen. — Der große Bürger-Rezeß von  
1669. — Gotteslästerungs- und Hegenprozesse in Lübeck. —  
Die Lübeckischen Zünfte. — Die Gesellenverbände in Lübeck. —  
Lübeckische Sagen u. Volkspoesien. — Das kaiserlich-französische  
Lübeck. — Nach der Restauration. — Ueber die Zustände der  
inneren Stadt im vierzehnten, sechszehnten und achtzehnten  
Jahrhundert nebst einer Schilderung des Stadtbildes am Ende  
des achtzehnten Jahrhunderts.

Preis: brosch. Mk. 4.—, geb. in Leinwand. Mk. 5.—  
oder in 20 Lieferungen à 20 Pfg.

**Friedr. Meyer & Comp.**

Buchdruckerei und Verlag des „Lübecker Volksbote“  
Johannisstraße 46.

Bestellungen werden von unseren Kolporteurs zu jeder Zeit ent-  
gegengenommen.

**Herren-Anzüge**

modernster Stoffe und in größter Aus-  
wahl von 10, 15, 18, 20—38 Mark

**Jünglings- und Knaben-Anzüge**

zu enorm billigen Preisen

**1 Posten Arbeitshosen**

1 Mk. 80 Pfg.

**H. Bössel,**

Hügelstraße 37.

**Atelier für Zahntechnik  
und Zahnpflege.**

H. Schreiber, Breitest. 24

**Bor'm Burgtor**

kauft man die besten, dauerhaftesten, billigen

**Fahrräder.**

Betreitung von nur erstklassigen Fabriken.  
Reparaturen schnell und billig.

J. Meier, Werderstraße 28.

**Gute Zigarren**, abgelagert, 100 St.  
2.90 u. 3.50 Mk.  
Johannisstraße 17/19.

**Wilhelm Rahfoth**

Lübeck, Untertrave 113.

Billiger Verkauf

von **Wein, Rum,  
Kognak, Likören etc.**



Mittwoch früh eintreffend:

Ia. Cabliau per Pfd. **15** Pfg.  
Ia. Seelachs

Dänische Goldbutt, große fette,  
hochfeine Matjes.

Rote Lubeca-Markten.

**Fischhalle „Hansa“**

Del. 1869. Hünthausen 33.  
Markthallenstand 104.

**Ortskrankenkasse**

in Lübeck.

Der Vorstand besteht für das Jahr 1907

aus folgenden Mitgliedern:

a. den Arbeitgebern:

Buchdruckereibesitzer Charles Coleman,

Vorsitzender,

Buchdruckereibesitzer Adolf Key,

Malermeister Gottfr. Scheithor,

Kaufmann Benedikt Behrens,

b. den Arbeitnehmern:

Buchdrucker J. J. Fr. Körner, Stell-

vertreter des Vorsitzenden,

Schriftfeger A. H. Studel, Schriftfeger,

Schriftfeger Fr. W. Neumann, Stell-

vertreter des Schriftführers,

Buchbinder R. Waldburger,

Dreher P. M. H. Hoff,

Zuschnelber Th. R. F. Vedder,

Bohrer W. J. H. Alwert,

Maurergehilfe H. Fr. Völker.

**Der Vorstand.**

**Deutscher**

**Metallarbeiterverband**

(Verwaltungsstelle Lübeck.)

**Mitglieder-  
Versammlung**

am Mittwoch, den 15. d.

abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstraße 46—52.

Tages-Ordnung:

1. Antrag auf Überweisung unserer  
Bibliothek.
2. Innere Verbandsangelegenheiten.
3. Verschiedenes.

**Die Ortsverwaltung.**

**Wilhelm-Theater.**

Mittwoch, den 15. Mai, Anfang 7 1/2 Uhr.

7. Abonnements-Vorstellung.

Zum zweiten und letzten Male:

**Gerhart Hauptmann's**

**Einsame Menschen.**

Donnerstag: Der Tanzhüsar.

## Das Ende des Kampfes in der Holzindustrie.

Es sind jetzt nahezu vier Monate, daß die Berliner Holzarbeiter im Kampfe stehen. Nicht sie haben den Kampf herbeigeführt, sondern die vom Obermeister Kahardt geführten Unternehmer waren es, welche am 15. Januar die Aussperrung ins Werk setzten, um dem Holzarbeiterverband einen Vertrag aufzuzwingen, wie die Unternehmer ihn wünschten. Insbesondere wollten die Unternehmer keine Lohnerhöhung und unter keinen Umständen eine Verkürzung der Arbeitszeit bewilligen. Der lange Kampf hat begreiflicherweise den beteiligten Arbeitern schwere Opfer auferlegt. Aber auch die Unternehmer haben unter dem Druck des wirtschaftlichen Kampfes schwer gelitten. Sie hatten in dem Holzarbeiterverband einen Gegner, der wacker standgehalten und dem Machtaufgebot der vereinigten Unternehmer tapfer Widerstand geleistet hat. So sind denn die Unternehmer nach und nach von ihrem schroff ablehnenden Standpunkt zurückgekommen. Sie konnten sich der Einsicht nicht verschließen, daß ihnen ein Gegner gegenübersteht, der nicht zu besiegen ist! Schon vor einigen Wochen, als die Vertreter der Parteien vor dem Einigungsamt des Berliner Gewerbevereins zusammentraten, waren die Unternehmer bereit, Lohnerhöhungen zuzugestehen. Aber in der Frage der Arbeitszeit verharren sie auf ihrem ablehnenden Standpunkt. In dieser Hinsicht wollten sie grundsätzlich nicht die geringsten Zugeständnisse machen. Die Arbeiter andererseits wollten nicht auf eine Verkürzung der Arbeitszeit verzichten, und die Verhandlungen scheiterten damals gerade an diesem Punkt.

Nun boten die Unternehmer ihre letzten Reserven im Kampfe. In einer Reihe großer Städte verhängten sie die Aussperrung, um dadurch die Berliner Holzarbeiter zum Abschluß eines Vertrages nach dem Willen der Unternehmer zu zwingen. Aber auch dieser letzte Vorstoß hatte den gewünschten Erfolg nicht. Die auswärtigen Unternehmer befolgten den Aussperrungsbeschuß nur widerwillig und in mäßigem Umfange.

Schließlich sind dann auf Veranlassung eines auswärtigen Unternehmers erneute Verhandlungen vor dem Berliner Einigungsamt eingeleitet worden. Dieselben nahmen am 24. April ihren Anfang. Sie erstreckten sich nicht nur auf Berlin, sondern auf alle Orte, die an dem Kampfe beteiligt sind. Demgemäß nahmen die Zentralvorstände der beiderseitigen Organisationen sowie die Vertreter derselben aus den beteiligten Orten an den Verhandlungen teil. Fast drei Wochen währten die Verhandlungen.

Für eine Anzahl von Städten wurden Vereinbarungen erzielt, mit denen sich die beteiligten Arbeiter zufrieden erklärten. Bezüglich der Punkte, über die eine Verständigung nicht erzielt wurde, kam das Einigungsamt zu einem Schiedsspruch. Falls ihn die Generalversammlungen beider Parteien annehmen, was kaum zweifelhaft erscheint, ist nach langwierigem schwerem Kampfe der Friede in der Holzindustrie geschlossen.

Die in dem Schiedsspruch festgelegten Bedingungen zeigen, daß der Kampf für den Holzarbeiterverband nicht vergeblich gewesen ist. Es sind Lohnerhöhungen bewilligt, und zwar in dem Maße, mit dem die Arbeiter schon bei den ersten Einigungsverhandlungen sich zufrieden gegeben hätten, wenn ihnen gleichzeitig auch Zugeständnisse hinsichtlich der Arbeitszeit gemacht worden wären. Jetzt ist das Einigungsamt auch in der bis auf den letzten Augenblick heiß umstrittenen Frage der Arbeitszeit

den Arbeitern entgegengekommen. Wenn auch die Verkürzung der Arbeitszeit nur eine Stunde wöchentlich betragen und für Berlin und einige andere Großstädte erst nach zwei Jahren eintreten soll, so ist doch mit diesem Zugeständnis des Einigungsamtes das Prinzip der Unternehmung: Nicht die geringste Arbeitszeitverkürzung zuzugestehen, als haltlos anerkannt. Das starre Prinzip: Keine Verkürzung der Arbeitszeit, ist nach schwerem Kampfe durchbrochen. So gering auch der tatsächliche Erfolg in dieser Hinsicht sein mag, es ist doch ein Fortschritt zum Besseren, und der Holzarbeiterverband kann sagen: Der schwere und opferreiche Kampf ist ohne unsere Willen, aber nicht ohne Erfolg geführt worden.

Der Schiedsspruch, den das Einigungsamt verkündete, hat folgenden Wortlaut:

**Der Stuttgarter Zentralvorstand des Deutschen Holzarbeiterverband hat bei den Verhandlungen vor dem Einigungsamt folgende Erklärung abgegeben:**

I. Der Vorstand des Holzarbeiterverbandes hält an seiner vor dem Vorstand des Arbeitgeberverbandes für das deutsche Holzgewerbe erklärten Bereitwilligkeit fest, in gemeinsamer Beratung eine Klasseneinteilung der deutschen Städte bezüglich der Arbeitszeit vorzunehmen, in welcher als 1. Klasse Berlin mit einer 5 1/2 stündigen Arbeitszeit aufgenommen wird. Diese Klasseneinteilung soll den beiderseitigen Verbandstagen im Jahre 1908 zur endgültigen Genehmigung empfohlen werden.

II. Das Einigungsamt hat auf Grund der Verhandlungen der Parteien folgenden Spruch gefällt:

a) **Dauer und Kündigung der Verträge.** Die Dauer der Verträge für die hier in Frage kommenden 15 Städte ist bestimmt bis zum Sonnabend, den 15. Februar 1910, abends. Eine etwaige Kündigung hat spätestens 3 Monate vor Ablauf des oben genannten Termins durch die Zentralvorstände zu erfolgen.

b) **Arbeitszeit.** Eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit findet vom 12. Febr. 1909 ab in folgenden Städten wie folgt statt: In Berlin auf 51 Stunden, Leipzig 52, Dresden 52, Spandau 53, Halle 55, Görlitz 55, jedoch vom 12. Februar 1908 bis zum 11. Februar 1909 56 Stunden, in Barmen auf 56 Stunden, jedoch vom 1. Juli 1907 bis 1. Februar 1909 57 Stunden, Wurg wöchentliche Arbeitszeit für Tischlereien wie bisher 54 Stunden; für Drechlereien wird die Arbeitszeit sofort auf 55 1/2 Stunden und vom 12. Februar 1909 ab auf 54 Stunden festgesetzt.

Die Arbeitszeit für die Städte Oldenburg, Varnau, Lübeck, Kiel, Düsseldorf und Köln ist durch die unter Abzug 1 erwählten Verträge geregelt.

c) **Lohnerhöhung.** Berlin. Es wird eine sofortige 5 prozentige Lohnerhöhung allgemein gewährt, jedoch gelten bezüglich der Bantischler und Einseger die auf dem Gewerbegericht Berlin abgefaßten protokollarisch festgelegten Bestimmungen. Für die Arbeitnehmer der Treppengeländerbranche bleibt der vom 1. Februar 1906 geltende Vertrag bestehen, mit der Maßgabe, daß eine Erhöhung des Stundenlohnes um 5 Prozent nur bei Drechslern und Polierern Platz greift, jedoch werden bei Akkordarbeiten nur die niedrig bezahlten Positionen bis zu 5 Prozent erhöht. Die bisher gezahlten Mindestlöhne gelten hier als Anfangslöhne. Die Abschlagszahlung beträgt wöchentlich mindestens 25,50 Mk. Vom 12. Februar 1908 ab wird eine Mindestabschlagszahlung von 27 Mk. gewährt für

diejenigen, welche in den letzten 6 Wochen durchschnittlich 28 Mk. Wochenlohn verdient haben.

Dresden. Vom 15. Februar 1909 soll allgemein eine Lohnerhöhung von 1 Pfg. pro Stunde eintreten.

Burg. Der Stundenlohn ist sofort um 2 Pfg., vom 12. Februar 1909 ab um einen weiteren Pfennig zu erhöhen. Auf die bestehenden Akkorde für Tischler erfolgt sofort ein Akkordzuschlag von 4 Prozent und vom 15. Februar 1909 weitere drei Prozent.

d) Des weiteren gelten für die 15 Städte die in dem abgeschlossenen Vertrag und protokollarischen Abmachungen getroffenen Bestimmungen.

e) Wenn in einem Betriebe günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Arbeiter bestehen und in den einzelnen Verträgen festgesetzt worden sind, so erhalten die günstigeren Bedingungen Geltung. Die Wiederaufnahme der Arbeit bleibt der Vereinbarung der Zentralvorstände überlassen.

In der nachfolgenden Zusammenstellung geben wir eine Übersicht über die Verbesserungen der Löhne und die Verkürzung der Arbeitszeit, welche in den beteiligten Städten teils durch Vereinbarung, teils durch Schiedsspruch erzielt worden sind:

**Lübeck.** Verkürzung der Arbeitszeit ab 1. April 1908 von 57 auf 56 Stunden, ab 1. April 1909 auf 55 Stunden. Stundenlohn 50—54 Pfg., ab 1. April 1909 52—56 Pfg. Anerkennung des paritätischen Arbeitsnachweises.

**Oldenburg.** Verkürzung der Arbeitszeit von 57 auf 56, ab 15. Februar 1909 auf 55 Stunden. Lohnerhöhung sofort 2 Pfg., ab 15. Februar 1 Pfg pro Stunde.

**Kiel.** Arbeitszeit 54 Stunden. Lohnerhöhung ab 1. Juli 1907 und 1. April 1908 je 2 Pfg. pro Stunde. Anerkennung des paritätischen Arbeitsnachweises.

**Berlin und Vororte.** Erhöhung der Mindestabschlagszahlung von 24 auf 25,50 Mk., nach einem Jahre auf 27 Mk. 5 Prozent Lohnerhöhung. Verkürzung der Arbeitszeit nach 2 Jahren auf 51 Stunden. Montagesgeld 70 Pfg. täglich in Berlin und Vororten nebst Fahrgehd, auswärts 3,50 Mk. täglich einschließlich des Sonntags. Bei 3tägiger Dauer 4 Mk. pro Tag.

Die Arbeitgeber sind verpflichtet, für eine schnellere Erledigung der Differenzen durch die Schlichtungskommission zu sorgen und dazu einen weiteren Vertreter zu stellen. Anerkennung der Werkstattausschüsse. Vertrag auf 3 Jahre, bis 12. Februar 1910. Alle Ausgesperrten und Streikenden sind wieder einzustellen.

**Dresden.** Lohnerhöhung 2 Pfg. pro Stunde ab 1. Oktober 1907, einen weiteren Pfennig Lohnerhöhung ab 15. Oktober 1909. Minimallohn 50 Pfg., ab 15. Oktober 1907 52 Pfg., ab 15. Februar 1909 53 Pfg.; Bauanschläger 55 Pfg., ab 1. Oktober 1907 57 Pfg., ab 15. Februar 1909 58 Pfg. pro Stunde. Arbeitszeitverkürzung von 53 auf 52 Stunden gleichzeitig mit Berlin.

**Leipzig.** Lohnerhöhung sofort 2 Pfg. pro Stunde, ab 15. Februar 1908 und 15. Februar 1909 je 1 Pfg. pro Stunde. Mindestlohn sofort 52 Pfg., pro Stunde (bisher 45 Pfg.), für Maschinenarbeiter 45 Pfg., für Drechler 52 Pfg. Erhöhung der Akkordlöhne bis 8 Proz. Verkürzung der Arbeitszeit von 53 auf 52 Stunden gleichzeitig mit Berlin.

## Der Holzhändler.

Roman von Max Kreger.

21. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

XI.

„Wissen Sie, Herr Dulterz — ich habe die ganze Nacht nicht schlafen können, sprach Bassen plötzlich laut nach rechts herüber, „so sehr hatte mich Ihre Mordgeschichte aufgeregt. Doch ein hochinteressanter Fall.“

Diejenigen, die noch nichts davon wußten, blickten auf, und bei dem Geräusch, das das Klappern der Messer und Gabeln verursachte, während der ganzen Beweglichkeit einer tafeln Gesellschaft, wurden neugierige Fragen laut, bis Ottis helle Stimme dazwischen klang.

„Was für eine Mordgeschichte, Väterchen? So etwas erzählst du mir gar nicht.“

In diesem Augenblick hatte Dulterz Paffen, würde er viel darum gegeben haben, wenn er ihn nie gesehen hätte. Aber mit jener Ruhe, die ihn äußerlich immer dann auszeichnete, wenn er sich innerlich am meisten getroffen fühlte, gab Dulterz lachend zur Antwort: „Das ist auch nichts für Kinder, meine Tochter.“

Plötzlich mischte sich der alte Luz hinein, indem er so tat, als interessierte ihn die Sache nur so nebenbei: „Ach — wohl der Vorgang da oben in Livland, Herr Baron, wovon Sie mir neulich einige Brocken mitteilten, he?“ Nach einem raschen Aufblick auf er ruhig weiter, und als er von Niebusch die Bestätigung hatte, fügte er gelassen hinzu: „Sie sollen ja ordentlich dramatisch bewegt geworden sein, Herr Dulterz.“

„Etwas aus deinem Leben, Väterchen?“

Statt Dulterz' fiel Luz senior wieder ein: „Das können Sie sich doch wohl denken, bestes Fräulein Otti. Ihr Herr Papa hat viele Erfahrungen hinter sich.“ Sein verschleierter Blick ging über die Tischdecke, als suchte er etwas, dann erhob er ihn allmählich auf Dulterz, der mit feiner Spur der Erregung im Gesicht dasaß und zu dem fünfundsechzigjährigen Marcobrunner griff, den Friedrich Joeben vor ihn gestellt hatte.

„Hast du auch, Väterchen!“ rief ihm Otti wieder veranlagt zu.

„Was mag in seiner Seele vorgehen?“ dachte Graf Luz, der den unheimlichen Trieb in sich verspürte, Dulterz' Qualen zu bereiten, ohne daß dieser eine Ahnung von der Absicht dazu hatte. Aber weshalb ging auch diese Verlobung nicht so glatt vonstatten, wie er es sich gewünscht hatte; weshalb mußte dieser breite Schädel dort, hinter dem der verkappte Mord schlummerte, sich auf den dummen Willen seines Kindes steifen! Glaube dieser Millionär, der im Laufe der Jahre etwas von der Klugheit seiner Riesenstämme angenommen hatte, er, Joachim Botho Graf von Luz, habe die ausweichende Antwort vorhin nicht zur Genüge verstanden?“

Dulterz' geriet allmählich wieder in Bewegung. Dieser Marcobrunner ging ihm doch feurig durch die Adern, das merkte er sofort. Um sich mit Gewalt die nötige Fassung zu geben, stieß er erst mit Herrmann an, dann sagte er laut und vernehmlich: „Freut mich sehr, Herr Graf, daß Sie meinen Erfahrungen so viel Gerechtigkeit widerfahren lassen. Akzeptiere ich gern. Meine Erfahrungen sind auch noch bedeutend gestiegen, seitdem ich den großen Vorzug Ihrer Bekanntschaft habe. Von einem Weltmanne zu profitieren, wird mir immer ein Vergnügen sein.“ fügte er rasch hinzu, um den Doppelsinn der vorangegangenen Worte zu verdecken. Unter dem Tisch jedoch stieß er heimlich Herrmann an, dessen Lächeln ihm das nötige Verständnis entgegenbrachte. Auch der Graf lächelte mit einer verbindlichen Neigung des Kopfes, aber wie jemand, der eine Spitze empfindet, ohne sich dagegen wehren zu können.

Die Stimmung wechselte wieder rasch bei Dulterz, denn als er, die Ohren fortwährend gespitzt, vernahm, wie Frau Rentlow sich über die „Mordgeschichte“ von Niebusch die nötige Aufklärung geben ließ und in der Mitte der Tafel sich bald das Gespräch allein um diesen Punkt drehte, wobei Paffen ganz munter nach rechts und links sprach, krümmte sich plötzlich sein Stiernacken unter der Flut von Eindrücken, die ihn jäh aus seiner Gemütslichkeit rissen.

Seine Augen suchten Otti, und als er aus ihrem erregten Mienenbild die ganze Neugierde las, die sie der Unterhaltung zuwandte, fühlte er sich wie ein geschlagener Mann, der seine unlautere Seele vor seinem Kinde entblößt sieht. Wie sie unschuldig zuhörte — sie, die nicht ahnte, daß alles sich um Ihre Mutter drehte! Er kam sich wie ein beschmutzter, unreiner Mensch vor, der Schuld daran

hat, daß dieser Zustand auch auf seine Tochter übertragen wird.

Und plötzlich packte ihn große, seelische Mut. Er hatte die Empfindung, als müßte er mit seinen Riesenträften die ganze Tafel emporheben und alle, bis auf sein Kind, unter ihren Trümmern begraben, damit sie über das, was in einer schwachen Stunde über seine Lippen gekommen war, für ewig verstümmten. Unwillkürlich hatte er die Hände unter den Tisch gelegt, und nun faßte er krampfhaft die Plattenleiste, als wollte er seine Empfindungen in die Tat umsetzen. Aber im nächsten Augenblick sanken die Hände wie gelähmt auf seine Knie. Der Rittmeister hatte mit seiner schrillen Kommandostimme Graf Vater zugerufen: „Entsinnen Sie sich noch, lieber Graf, Ihrer ganz ähnlichen Geschichte — damals? Wann war es doch... Na, auch Nebensache! Alles stimmte auf ein Haar, nur in Livland war es nicht passiert. Mehr da in der Polackei. Selbst der schöne Mondschein kam drin vor.“

Dulterz horchte auf. Langsam griff er wieder nach Messer und Gabel, ohne sie aber zu gebrauchen. Und während er starr vor sich hin auf den Keller blickte, hörte er, wie Luz diese Zumutung abwehren wollte.

„Ja, ja, Sie haben es erzählt,“ fuhr Tollen fort. „Niebusch war auch noch dabei. Es war ganz dieselbe Geschichte, nur die Lösung des Rätsels fehlte.“

Jetzt lenkte Luz ein. „Kann sein, kann sein, Herr Rittmeister, entsinne mich dunkel. Wie soll ich heute auch noch genau wissen, was ich vor einem Jahre erzählt habe.“

„Sie sind auch gut, Dulterz!“ wandte sich nun Niebusch an den Hausherrn, „tischen uns! bekannte Indianergeschichten als Neuigkeiten auf.“

Es war auffallend still geworden, als erwartete man irgend etwas Entschendendes über diese Streitfrage. Lautlos ging der Lohndiener mit dem gefüllten Trutzhahn um die Tafel, und ebenso folgte ihm Friedrich mit der Schüssel voll Schmorfrüchten und Salat. Und als man eifrig zulangte, bemühte man sich, möglichst wenig Geräusch zu machen.

Dulterz überlegte eine Weile, ob er das „Indianergeschichte“ auf sich sitzen lassen sollte, dann aber hielt er es für das Beste, darauf nichts zu erwidern, sondern nur mit einem tiefsehenden Blick die Schultern zu verziehen. Ein unheimlicher Gedanke schoß durch sein Hirn, der eine Kette an-

**Halle.** Verkürzung der Arbeitszeit von 57 auf 56 Stunden, ab 15. Februar 1909 auf 55 Stunden. Lohnerhöhung sofort 2 Pfg., ab 1. Mai 1908 und 15. Februar 1909 je 1 Pfg. weitere Lohnerhöhung pro Stunde.

**Görlitz.** Verkürzung der Arbeitszeit ab 15. Februar 1908 von 57 auf 56 Stunden, ab 15. Februar 1909 auf 55 Stunden. Lohnerhöhung sofort 2 Pfg., ab 1. Juli 1908 weitere 2 Pfg. Akkord-erhöhung sofort 5 Proz., ab 1. Juli 1908 nochmals um 5 Proz.

**Guben.** Arbeitszeit 56 Stunden, ab 15. Februar 1909 55 Stunden. Lohnerhöhung sofort 2 Pfg., ab 15. Februar 1909 weitere 2 Pfg.

**Hurg.** Arbeitszeit für Tischler 54 Stunden, Arbeitszeit für Drechsler von 57 auf 55½, ab 15. Februar 1909 auf 54 Stunden. Lohnerhöhung sofort 2 Pfg., ab 15. Februar 1909 1 Pfg. Erhöhung der Akkordpreise sofort um 4 Proz., ab 15. Februar 1909 um weitere 3 Proz.

**Bernau.** Verkürzung der Arbeitszeit sofort von 56 auf 54 Stunden und Lohnerhöhung um 5 Proz.

**Spandau.** Verkürzung der Arbeitszeit von 54 auf 53 Stunden. Verbesserung des Akkordtarifs.

**Barmen.** Arbeitszeitverkürzung ab 1. Juli 1907 von 60 auf 57 Stunden, ab 15. Februar 1909 auf 56 Stunden. Lohnerhöhung ab 1. Juli 1907 um 3 Pfg., ab 1. Juli 1908 um 1 Pfg., ab 15. Februar 1909 um 2 Pfg.

Die Vertrauensmänner der Ausgesperrten in Berlin waren die ersten, denen die Verbandsleitung Kenntnis gab von dem Ergebnis der Verhandlungen und dem Inhalt des Schiedsspruches. Im großen Saal des Gewerkschaftshauses tagte vorgestern nachmittag die Versammlung der Vertrauensmänner aller an der Aussperrung beteiligten Werkstätten. Stuchse gab einen Bericht über die hauptsächlichsten Punkte der Vereinbarungen beziehungsweise des Schiedsspruches. Der Referent meinte, unter Berücksichtigung der ganzen Sachlage könne man immerhin zufrieden sein mit dem, was der Schiedsspruch bietet. Nur der Umstand, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit nicht sofort eintritt, könne Anlaß zur Unzufriedenheit geben; aber auch in dieser Hinsicht sei trotz der langen Verhandlungen nicht mehr zu erreichen gewesen.

Die Diskussionsredner gaben ebenfalls der Meinung Ausdruck, daß die Erwartungen der Kollegen namentlich hinsichtlich der Arbeitszeit nicht erfüllt seien, doch meinten sie, sei in dem Schiedsspruch ein Fortschritt gegenüber den bisherigen Arbeitsbedingungen nicht zu verkennen. Man könne sich unter diesen Umständen, da nun einmal nicht mehr zu erreichen sei, mit dem Schiedsspruch einverstanden erklären und den Kollegen die Annahme desselben empfehlen. — Beschlüsse zur Sache faßte die Versammlung nicht, da die endgültige Entscheidung der Generalversammlung anheimsteht.

## Soziales und Parteileben.

**Zur Aussperrung im Königsberger Hafen.** Das „Gua-hya“, das Streikbrecherhelfer, das im Hafen von Königsberg am Silospeicher liegt, hat nach dort ein Menschenmaterial gebracht, wie man es sich vorkommener gar nicht denken kann. Junge Leute, zumeist unter 20 Jahren, Männer im besten Lebensalter, halbe Greise, aber in einem Zustande, der jeder bescheidenen Ansicht über Menschlichkeit Hohn spricht. Die Kleider, die diese vom Kapital eingegangenen Lohnsklaven auf dem Leibe tragen, sind fast durchweg zerfetzt und beschmutzt und die Gestalten sehen aus, als ob sie in den Lumpen Tag und Nacht, bei der Arbeit sowohl wie bei der Ruhe, ihre Zeit hinkriegen. Man sieht Knochengestülpe, die nur noch mit Menschenhaut überzogen, und größtenteils sind diese menschlichen Ruinen von oitpreußischem Fusel schon in aller Frühe berauscht. Anausgeseht kommen deshalb Unfälle vor; am Montag mußte die städtische Krankenstation viermal in Aktion treten, um Hilfe zu bringen, und am Abend desselben Tages wurde ein Arbeitswilliger als Leiche aus dem Wasser gezogen. Vom Schnaps berauscht,

war er beim Verlassen des Kohlenhelfers vom Laufbrett geslitten und hatte in der kühlen Flut schnell den Tod gefunden. Wie bereits gemeldet, hat fast die Hälfte der Arbeitswilligen nunmehr ebenfalls die Arbeit verweigert; teilweise, weil sich doch noch eine Anzahl Personen unter ihnen vorfindet, die sich einen Zenten Scherzgefühl noch bewahrt; teilweise, weil es von Natur arbeitsscheue Elemente sind, die nicht einmal auf die Dauer einer Aussperrung ihre Arme gebrauchen wollen. Am Montagabend war der Platz vor dem Holländerbaum von solchen Leuten angefüllt; sie wollten die Arbeit nicht wieder aufnehmen und suchten das Bureau der Hafenarbeiter in der benachbarten Villauerstraße auf. Hier verlangten sie Geld zur Heimreise, das sie auch erhielten. Aus allen Fenstern schauten die Bewohner der Umgebung auf das widerliche Schauspiel. Einige hatten keine Leibwäsche auf dem Körper; sie erzählten, sie wären zu verlausst und hätten für Hemden, Socken usw. keinen Ersatz. Hier hat also der Kapitalismus unter dem Schutz der Behörden sein Ausbeutungswert so gut wie vollendet. Zu allem Überflus ist mit den armen Teufeln auch noch ein Kontrakt abgeschlossen worden, der sie dem Unternehmertum auf Gnade und Ungnade überliefert. Alles in allem genommen, ist die Situation im Königsberger Hafen den Ausgesperrten günstig.

**Entlarvte „christliche“ Unternehmerschlitze.** In der Reichstags-Sitzung vom 18. April schilderte Genosse Hengsbach - Mühlheim-Duisburg die schauererregenden Wohnungsverhältnisse der Großindustriellen Thyssen, wobei er besonders hervorhob, daß die Wohnungen vielfach mit Menschen überfüllt, trotzdem sie sich in einem kaum bewohnbaren Zustande befänden. In den Wänden laufe das Wasser herunter, die Möbel vermoderten, kurz es seien Infestationsherde für alle möglichen Seuchen. Der „christliche“ Arbeiterschutzbund erließ darauf eine „Berichtigung“, die die ganze schwarz-blaue Unternehmerverschwendung durchläuft und alle Zustände recht herrlich findet. Hengsbach wird darin der Übertreibung, ja sogar der Lüge bezichtigt. Der Ausschuss will durch kommissarische Untersuchung festgestellt haben, daß die Wohnungen ausnahmsweise sauber und luftig seien, die Fenster und Gardinen ließen auf großen Wohlstand schließen, im Rauchfang entdeckte man Schinken, die Kinder fand man mit blühenden Wangen, kurz, die Werkkolonien waren ein wahres Paradies. Damit war wiederum ein sozialdemokratischer Abgeordneter an den Pranger gestellt und diesmal sogar durch — „Arbeiter“. Auf der Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes kam die Richtigstellung des „christlichen“ Arbeiterschutzbundes am Donnerstag zur Sprache. Die Delegierten von Oberhausen, Götte und Gohikowski brachten geradezu gravierendes Material zur Sprache, das die Hengsbachschen Angaben nicht nur bestätigt, sondern weit übertrifft. Götte teilte mit, daß die Untersuchungskommission 750 Wohnungen inspiziert haben will. Demnach seien 2300 Wohnungen nicht inspiziert. Bevor die Kommission in die Wohnungen ging, wurden die Insassen von der Polizei angefordert, die Wohnungen zu reinigen und schön in stand zu setzen. Die Ortsverwaltung des Bergarbeiterverbandes in Marzloh-Pandorn setzte ebenfalls eine Untersuchungskommission ein, der er angehört. Er stellte fest: Daß eine Reihe Wohnungen so naß seien, daß das Wasser die Wände herablaufe und alle Möbel verfault seien. Selbst Matratzen und Bettwäsche seien vermodert, obwohl sie einen Fuß von der Wand weg ständen. Die „Berichtigung“ des „christl.“ Arbeiterschutzbundes sei am besten charakterisiert durch die Feststellung, daß die Leute, in deren Rauchfang man die vielen Schinken entdeckte, beim großen Streik am zweiten Tag ohne Brot waren, und Unterstützung haben mußten. Der Delegierte Gohikowski, ebenfalls Mitglied der Untersuchungskommission, konstatiert, daß auf der Kolonie „Deutscher Kaiser“ 340 „Wohnungen“ leerstehen, weil die Bergleute in den Löchern nicht weiter hausen wollen und die Kolonie verlassen. Die Kommission revidierte 2040 Wohnungen (während der Arbeiterschutzbund nur 750 revidierte), von denen 81 total naß befunden wurden. Das Wasser lief von den Wänden herunter, Möbel, Bettwäsche sind naß und vermodert. Einzelne Frauen machten der Kommission weinend ihre Angaben. Unter den Fußböden ist der Schwamm. Acht Wohnungen waren bewohnt, ehe Türen angeschlagen waren. In mehreren Familien weigerte sich der Arzt, nach längerer Erkrankung der Kinder, noch Medizin zu verschreiben, wenn die Leute die Wohnung nicht verlassen. In der Rückert-Kant- und Kleinfischstraße der Kolonie Obermarzloh waren im letzten Winter über 200 Personen an Rheumatismus erkrankt infolge der nassen Wohnungen. In 57 Wohnungen stand das Wasser im Keller bis an die Kellertüren. In vielen Wohnungen des Ortes sind neun bis 13 Personen in drei Räumen untergebracht. Die

allermeisten Zimmer haben keine Heizung. Um nicht zu frieren, lagen die armen Insassen während der freien Zeitaufgaben über dem Bett. Die nassen Kleider hingen an den Betten, stellten um zu trocknen. In einem Straßengraben, der jahrelang mit stinkendem Schmutz gefüllt war, lagen verendete Schweine, Hunde und Katzen, ohne daß die Aufmerksamkeit der Polizei erregten. In allen oben angeführten Wohnungen war keine Depuration des „christlichen“ Arbeiterschutzbundes zu sehen, der trotzdem einen Arbeitervertreter Lügen zu strafen magt. Solche „Arbeiterschutzbünde“ haben das Wohlwollen der Unternehmer in vollstem Maße verdient.

**Über Streikausbreitungen in Ludwigshafen** verbreitete das Wolffsche Telegraphenbureau gestern aufgekuppelte Nachrichten. Danach sollen sich die Ausständigen der Dr. Zimmermannschen Leimfabrik am Abend des Himmelfahrtstages „zusammengerottelt“ und das Fabrikgebäude schwer beschädigt haben. Wie unser dortiges Parterreorgan, die „Pfälzische Post“ berichtet, haben allerdings Ereignisse stattgefunden, die aber im wesentlichen auf Luz provozierende Verhalten des Dr. Zimmermann, seiner Trauanten und der Polizei zurückzuführen sind. Streikende waren an den Ausschreitungen nicht in geringstem beteiligt. Das Wolffsche Telegraphenbureau läßt wirklich gut, ehe es streikende Arbeiter schwerer Ausschreitungen bezichtigt, vorher genaue Erkundigungen einzuziehen, ob die starken Beschuldigungen ehrenhafter Arbeiter zu deren Weiterverbreitung es sich hergibt, auch auf Wahrheit beruhen. Vorausgeschickt muß werden, daß einige Angestellte des Dr. Zimmermann schon seit einigen Tagen ein äußerst provozierendes Benehmen zur Schau brachten. Einer derselben, ein gewisser Serg, bedrohte auf der Straße jeden Arbeiter, der ihm begegnete, mit dem Revolver. Daß aus den Fenstern der Fabrik Schüsse auf das Publikum abgefeuert wurden, war gar nicht Seltenes mehr. Am Nachmittag des Himmelfahrtstages wurden wieder Schüsse auf das Publikum abgefeuert, glücklicherweise mit negativem Erfolg. Eine Unterredung, welche in nicht am Streik Beteiligten mit den Arbeitswilligen anknüpfen wollte, veranlaßte die Insassen der Leimfabrik, den Mann zu verhaften und hinauszumerfen. Das Publikum nahm begreiflicherweise Partei für den Mißhandelten, nun wurden aus der Fabrik Steine und armdicke Prügel auf die Außenstehenden geschleudert und zu allem Überflus wurde scharf geschossen. Daß sich des Publikums große Erregung bemächtigte, ist nach solchen Ausstritten klar. Die Aufregung steigerte sich noch, als ein nervös gewordener Schutzmann den Säbel zog und mit der blanken Plempe in der Luft herumfuchtelte. Alle diese Provokationen mußten natürlich die Empörung aller anwesenden Leute herausfordern. Am Abend steigerte sich die Entrüstung soweit, daß sich die Menge zu offenen Erzessen hinreißen ließ, und während aus der Fabrik die Schüsse krachten, suchten die Streikbrecher durch die Hintertür das Weite. Ausdrücklich sei festgestellt, daß von den Streikenden sich kein einziger an den Ausschreitungen beteiligte. Die Organisierten gaben sich alle Mühe, die aufgeregte Menge zu beruhigen. Die Gewerkschaftsführer suchten die empörte Menge zurückzuhalten, aber es hätte nicht viel gefehlt, und sie wären selbst mißhandelt worden. Auf einen von ihnen drangen die Erzeubenten sogar mit Schlägen ein. Sowie festgestellt werden konnte, sind halbwüchsige Burschen, bekannte Kowdies, sogar Frauen und Kinder die Hauptbeteiligten. Daneben treiben auch arachidische Elemente ihr Unwesen. Die Parteigenossen und Gewerkschaftler hielten sich von diesen Ausschreitungen fern, weil ihnen der Ernst der Situation wohl bewußt ist, weil sie in ihren Organisationen gelernt haben, daß wirtschaftliche Kämpfe nicht mit roher Gewalt ausgefochten werden. Dem Schutzmann Danner wurde bei den Erzessen durch einen Steinwurf das rechte Auge verletzt, was seine Überführung in das Krankenhaus notwendig machte. Eine Gefahr für die Beeinträchtigung der Schifffahrt besteht jedoch nicht. Der Arbeiter Geiger erhielt einen Schuß, der nach seiner Aussage aus der Fabrik kam. Bezirksamtmann Mathews, der in gütlicher Weise die Ausschreitungen beilegen wollte, erhielt mit einem Bierglas einen Schlag auf den Kopf, so daß er bewußtlos zusammenbrach und in die Girschapotheke gebracht wurde, wo er sich jedoch bald wieder erholt. Genosse Binder, der städtische Beigeordnete, suchte die aufgeregte Menge zu beruhigen, doch gelang ihm dieses nur mit großer Mühe. Es bot sich dann ein Geiger namens Karl Vorch an, der sich bereit erklärte, das Feuer unter dem Kessel auszuweichen. Nach Rücksprache mit dem Kommissar ging der Geiger in die Fabrik und hat dort

derer folgen ließ, die sein ganzes Gemüt bewegten. Jemand am unteren Ende des Tisches hatte einen Wis gemacht; man lachte laut und die „Mordstimmung“ schien verflogen zu sein. Nur bei Dulters blieb sie zurück. Während die Unterhaltung wieder ziellos durcheinanderschwirrte, die Tafel ihren Fortgang nahm, das helle Klirren der Gläser dazwischen erschallte, hörte er kaum auf das, was man links und rechts zu ihm sagte. Die lange Erzählung, die der Medizinalrat mit seiner schwer verständlichen, blechernen Stimme begann, war ihm ebenso gleichgültig, wie die Fragen, die Herrmann dazwischen warf. Sein ganzes Denken drehte sich um einen bestimmten Punkt. Es war immer dasselbe, was er sich still wiederholte: „Weshalb tat er neulich so, als hätte er von Niebusch ganz etwas Neues gehört, da er die Geschichte doch schon kannte? Weshalb stellte er im Kontor so merkwürdige Fragen beim Betrachten des Bildes an der Wand? Und weshalb wollte er aus meinem Munde die Geschichte wiederholt haben? Und warum hat er hier am Tische zuerst gelehrt, zu den Herren einmal davon gesprochen zu haben? Er hatte doch sonst ein ausgezeichnetes Gedächtnis, wovon er niemals ein Pehl machte.“ Langsam, wie ein übler Zustand, dem man nicht mehr entgegen kann, stieg ein dunkler Verdacht in Dulters empor, den er mit Gewalt unterdrücken wollte, der aber sein ganzes Empfinden zu beherrschen begann. Wenn Luz mehr wüßte, als was außer ihm, Dulters, kein anderer Mensch in der Welt wußte? Wenn er Olga gekannt hätte, wenn — — —? Er wagte nicht weiter auszuwenden. Nein, nein, — das waren ja wieder die schwarzen Gedanken, die ihn inmitten seines goldenen Heimes, auch angesichts dieser lachenden Gesellschaft überkamen und ihm visionär den tiefen Abgrund öffneten.

„Der Dulters, auf Ihr ganz Spezielles!“ Graf Luz Vater hatte seinen Kömer erhoben, um ihm lächelnd zuzuhören. Beider Augen begegneten sich, die in dieser Minute einen grundverschiedenen Ausdruck hatten. Dulters starrte wie ins Leere, bei dem Grafen vorbei, in eine ganz andere Welt, während Luz die klugen Augen fest auf ihn gerichtet hielt, dabei aber dachte: „Ja weiß, was in dir vorgeht. Du denkst an Olga Radonska, siehst sie in ihrem Blute vor dir liegen und nährst das Mißtrauen in deiner Seele gegen mich. Aber starr nur glasig in die dunkle Nacht deines schlimmen Gewissens hinaus, — die Stunde kommt doch, wo die Sonne es an den Tag bringen wird, sollte auch ich nicht derjenige sein, der die Wolken der Verdammung

mit dem Schwerte der Gerechtigkeit zerteilt.“ Und als er Dulters freundlich zugenickt hatte, fügte er wie aus Selbstbespöttelung in Gedanken hinzu: „Gut gedacht, Graf Luz! Schade, daß du das schöne Bild nicht aussprechen darfst.“

„Allmählich wich der entsetzliche Mann wieder von Dulters Seele.“ „Ach was“, dachte er, „dein Gewissen ist es, das dich einschüchtern, aber nicht die Menschen. Und dein Gewissen schlummert ungelassen von aller Welt. Also Kopf oben, nur nicht die Gewalt über dich selbst verlieren.“ Und mit der Selbstbeherrschung, die ihm über alle Lagen des Lebens hinweggeholfen hatte, bezwang er auch diesmal seine Wahngestalt. Gefestigt ergriff er das volle Glas und trank dem Grafen freundlich zu. Lächerlich, daß er sich immer die Stimmung verdarb! Als ob Graf Luz nicht damals den ganzen Prozeß in der Zeitung verfolgt haben konnte!

Zum Glück erhob sich Niebusch, schlug etwas derbe an sein Glas und toastete in seiner bekannten, ungebundenen Weise auf Otti, die „Zierde des Hauses“, auf den freundlichen Gastgeber und auf die tausendjährige Gasse, in der sie heute kalte Nage gefunden. Gott sei Dank sei vom „ollen Woleslaw“ nichts mehr zu finden, und so könnten sie alle in Ruhe die „weiteren Gänge“ abwarten. In der allgemeinen Heiterkeit, in dem frischen, hellen Gläserklang wich auch der letzte schwarze Gedanke von Dulters, gab er sich nur noch dem Genuße dieser ungebundenen Stunde hin. Die Stimmung wurde immer ungezwungener, und als zum Nachtsich die Diener mit dem Sekt die Runde machten, prasselten die Scherz Worte schon aufeinander, mochte das Stimmengewirr schrankenlos durchgehen.

„Hören Sie, mein Lieber“, raunte Niebusch Passen zu, „Ihre Augen beschäftigen sich viel mit Fräulein Dulters. Lassen Sie das man, das hilft doch nichts.“

„Kann ich was dafür, wenn sie mit mir kokettiert. Sie äugelt ja fortwährend zu mir herüber.“

„Na, Sie werden aber auch schon höllisch da drüben fixiert.“

„Und gleich von zwei Paar Luraugen, das ist ein bißchen viel“, gab Passen lächelnd zurück.

Niebusch lachte unterdrückt und griff zu seinem Kelchglas. „Auf so nen Wis darf man ja wohl wieder anstoßen. Na, dann Prost.“ Nachdem er gerrunten hatte, fügte er hinzu: „Aus dem Pommery schmecke ich doch gleich Dulters raus.“

Der Konsul fand es an der Zeit, sich ebenfalls beliebt zu machen, und so erhob er sich und gedachte in wohlgefehrter

Rede der anwesenden Damen, wobei das „Ewig-Weibliche“ eine hervorragende Rolle spielte.

„Er quasselt immer dasselbe“, raunte Niebusch Passen zu. „Das habe ich schon n schoermal von ihm gehört, er könnte auch mal was anderes auswendig lernen.“ Dann, nach einer Weile, fügte er hinzu: „Wo er man seine ganzen Brillanten gelassen hat?“ Und als Passen die Vermutung zurückgab, „er“ könnte sie vielleicht verfehlt haben, stieß ihn Niebusch mit dem Ellenbogen lustig in die Seite, besaue sich aber sofort auf etwas anderes. „Nec, mein Lieber, das ist bloß n Trick von ihm“, raunte er aufs neue. „Er will sich hier damit nur beliebt machen, weil Dulters solchen Glanz verachtet. Das wurde ihm ja neulich Abend gestochen... Ich wette, daß er all das Zeug in seiner Tasche hat und sich die Dinger wieder ansteckt, wenn er draußen ist.“

Als sich alle wieder erhoben, um anzustoßen und auch Otti auf ihren Vater zueilte, benutzte der alte Luz die Gelegenheit, seinen Sohn aufs neue in die Enge zu treiben. „Nun, Otti scheint ja für dich nicht mehr vorhanden zu sein. Während dieser Windhund von Passen dort drüben fortwährend brilliert, bist du der reine Dödel.“

„Ich muß doch bitten, Papa.“

„Bitte erst, wenn sie deinen Namen trägt. Die Entscheidung muß ja gleich kommen.“

„Meinst du?“ Während er wie blöde lächelte, schienen seine blauen Augen wieder Glanz zu bekommen. Dieser alte Roue, der sein Vater war, verstand sich jedenfalls besser auf das Ländelspiel der Gesellschaftswelt, als er, der in solchen Dingen noch immer unerfahrene Bursche, der nur led zu greifen konnte, wo es eigentlich garnichts mehr zu erobern galt.

Mit dem Kelchglas in der Hand, raunte Luz senior Dulters zu: „Sie werden also sprechen, nicht wahr?“ Dulters, der im Augenblick ganz andere Gedanken im Kopfe hatte, nickte nur zerkürrt. „Gewiß, Herr Graf, es soll nicht mehr lange dauern.“ Er hatte Sehnsucht nach einer Zigarre, und da Niebusch und der Rittmeister das gleiche Verlangen bereits zu verstehen gegeben hatten, und er überdies bemerkte, daß die Luft am Nachtsich allmählich zu verfliegen begann, so tat er wohl den meisten einen Gefallen, wenn er für eine andere Bewegung sorgte. Und so wartete er denn auch nicht mehr lange, sondern erhob sich mit dem „gewünschten“ Rauf, wie Luz senior es von ihm schon längst erwartet hatte. (Fortsetzung folgt.)

vier Feuer ausgezogen. Dies teilt Genosse Binder öffentlich, auf einer Treppe stehend, den Anwesenden mit. Der Kommissar Hahfeld fordert, nachdem zuvor der Heizer Lorch einige Worte an seine Arbeitskollegen richtete und sie bat, ihm Vertrauen zu schenken, er wäre doch einer der übrigen und hätte die Feuer selbst ausgemacht, zum Fortgehen auf. Diese Aufforderung wurde ruhig entgegengenommen und Folge geleistet. Von 12 Uhr ab herrschte wieder völlige Ruhe, nur umstanden noch eine Anzahl Neugieriger die Zimmermannsche Fabrik. Wie das „W. T. B.“ weiter berichtet, ist im Gebiet der Zimmermannschen Fabrik der kleine Belagerungszustand verflüchtigt worden. Weiter berichtet das genannte Bureau: Gestern (Sonntag) abend wiederholten sich die Ansammlungen in der Nähe der Zimmermannschen Leimfabrik. Die Gendarmen patrouillierten mit aufgeflossenen Bajonetten. Den Anstoß zu den Exzessen haben einige nicht zu den Ausständigen gehörenden Elemente gegeben, welche in die Fabrik eindringen und die Arbeitswilligen derart mißhandeln, daß diese um Hilfe riefen. Diesen Tätlichkeiten folgten dann Steinwürfe herüber und hinüber. Auch Frauen beteiligten sich an den Ausschreitungen. Von Speyer ist der Regierungspräsident hier eingetroffen, um sich persönlich über die Lage zu unterrichten. Die Staatsanwaltschaft hat eine Untersuchung eingeleitet.

**Das Ende einer Terroristenschlange.** Die „Magdeb. Volksstimme“ schreibt: Am 14. März brachte der „Allgem. Anzeiger für Wolmüßfeld“ eine Geschichte, wonach der Arbeiter Moritz Schulz von seinen Mitarbeitern überfallen und schwer mißhandelt worden sei, weil er aus dem „sozialdemokratischen Arbeiterverband“ ausgetreten sei. „Hoffentlich“, so fügte das edle Blatt hinzu, „erhalten die rohen Patronen eine exemplarische gerichtliche Strafe.“ Wir konnten damals sofort nachweisen, daß die ganze Geschichte erfunden und erlogen war. Moritz Schulz war nicht überfallen worden, war nicht aus dem sozialdemokratischen Verband ausgetreten, weil er ihm nie angehört hatte; wohl aber war der Schilling des „Allgemeinen Anzeiger“ dabei ertrappt worden, daß er der Absender anonym Postkarten war, durch die der Hausfrieden eines Mitarbeiters erheblich gestört wurde. Dafür hatte der wackere Moritz denn von dem Arbeiter einige Ohrfeigen bekommen, die nicht von „schlechten Eltern“ waren. Selbstverständlich hatten sich die Behörden, die für Ordnung und Ruhe verantwortlich sind, sofort auch der Angelegenheit bemächtigt, im Amtsgericht fanden Vernehmungen statt, viel Papier wurde verschrieben, es wurde inquiriert und recherchiert, und das Resultat aller Bemühungen ist nun glückselig heraus. Vor einigen Tagen hat der Freier wider die Gesetze von der Staatsanwaltschaft ein Schreiben erhalten, worin ihm kund und zu wissen getan wird, daß die Anklagebehörde — das Verfahren eingestellt hat!!!

**Pro. ex Liman-Mehring.** Sonabend stand Termin in der Berufungsinstanz in der Privatklagesache des Redakteurs Liman von den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ gegen die Genossen Dr. Franz Mehring, Kressin und Seger an. Am 18. Februar hatte bekanntlich das Leipziger Schöffengericht die Genossen Mehring zu 2 Wochen, Kressin zu 1 Monat und Seger zu 25 Tagen Gefängnis wegen angeblicher Beleidigung des Liman verurteilt. Auf Widerklage des Genossen Kressin wurde Liman zu 50 Mk. Geldstrafe verurteilt, von der von Mehring gegen Liman erhobene Widertklage wurde Liman freigesprochen. Gegen dies Urteil war von beiden Seiten Berufung eingelegt. In der Berufungsinstanz konnten die Beklagten in eingehender Weise als das in erster Instanz zugelassen wurde, darlegen, daß Liman schon seit Jahren die „Leipziger Volkszeitung“, die Partei und den Genossen Mehring fortgesetzt systematisch beschimpft. Freilich wurde auch vom Landgericht eine Reihe von Anträgen auf Verlesung früherer Artikel der „Leipziger Neuesten Nachr.“ abgelehnt. Die zum Beweise des Charakters Limans erhellte Verlesung der Artikel wurde zugelassen, in denen Liman zu derselben Zeit über ein und denselben Gegenstand in bezüglichen Artikeln in der englischen „Finanz-Cronik“ andere Ansichten äußert als unter seinem Pseudonym „Armer Porci“ in der Deutschen Tageszeitung. Hinterließ diese Verlesung offensichtlich auch bei den Richtern eine zureichende Ansicht, was Genosse Liman ist, so wurde Limans peinliche Situation noch verschärft als ihm vorgehalten wurde, daß es für einen Schriftsteller eine unerhörte Handlungsweise ist, neben den Verfassern, die als Verfasser sich unterzeichnen haben, den verantwortlichen Redakteur zu verklagen. Nach 2 1/2 stündiger Beratung wurde das Urteil des Schöffengerichts aufgehoben und Dr. Mehring an Stelle der in erster Instanz ausgeworfenen Gefängnisstrafe von 14 Tagen zu 210 Mark Geldstrafe verurteilt. Ebenso wurde das Urteil gegen Kressin aufgehoben und an Stelle der Gefängnisstrafe von einem Monat 300 Mark Geldstrafe erkannt. Die gegen Genossen Seger in erster Instanz erkannte Strafe von 25 Tagen Gefängnis wurde bestätigt, wiewohl Seger lediglich als verantwortlicher Redakteur in Betracht kommt. Die Berufung Limans gegen seine Verurteilung zu 50 Mk. Geldstrafe wegen Beleidigung des Genossen Kressin wurde verworfen. Außerdem erhielt Liman als Zusatzstrafe noch einmal 50 Mk. Geldstrafe wegen Beleidigung des Genossen Dr. Mehring durch den Artikel „Roter Sonntag“ in den „Leipziger Neuesten Nachrichten“. In erster Instanz hatte das Schöffengericht dem Liman den Schutz des § 193 Str.-G.-B. zugebilligt und ausgeführt, die Wundung, erst hätten die Führer „das Maul aufgerissen“, dann seien sie ins Maulseloch getrocknet“, als eine lediglich „volkstümliche“, nicht beleidigende hingestellt. Dieser Verkennung des Unterschieds zwischen Volkstümlichkeit und Rohheit machte das Landgericht sich nicht schuldig, zumal die Absicht der Beleidigung aus den von Liman gewählten Redewendungen für seine unrichtigen Behauptungen gar zu klar hervorging.

**Einer von der Liebertgarde,** der pensionierte Hauptmann Franz Herter in Groß-Lichterfeld, hat in dem dortigen Lokalblättchen eine unglücklich einfältige Erzählung über die angebliche Behandlung von zwanzig streikenden Maurern durch die Organisationsvorstände verbrochen. Die von A bis Z erlogene Epistel trägt die geschmackvolle Überschrift: „Neue Schamlosigkeit der sozialdemokratischen Machthaber“ und frohrt von bloßen Beschimpfungen der sozialdemokratischen Partei und ihrer Vertreter. Natürlich macht jetzt die Subel der Liebertgärlings die Runde durch die ganze bürgerliche Presse. Demgegenüber wollen wir mitteilen, daß mit dem Herrn Hauptmann a. D. eine Ausnahme gemacht und ihm Gelegenheit gegeben werden soll, vor Gericht sein literarisches Produkt zu verteidigen. Es muß hin und wieder einmal ein Exempel statuiert und die notorische Verleumdertaktik der Reichsverbändler gerichtlich festgestellt werden.

**Der Reichsverbändlerband an der Arbeit.** Die Reichsverbändler können es nicht verwinden, daß trotz der von ihnen und ihren Verbündeten ausgestreuten schamlosen Verdächtigungen und Verleumdungen und der dadurch bewirkten Vergiftung des politischen Kampfes die politische Organisation der Arbeiter und die Abonnentenzahl der Arbeiterpresse einen gewaltigen Aufschwung genommen hat und noch nimmt. So konnte auf der Provinzialversammlung der Sozialdemokratie Hannovers konstatiert werden, daß, in der Zeit vom 1. Januar 1906 bis dahin 1907, im achten hannoverschen Wahlkreise, auf dessen Er-

oberung der Reichsverband vergeblich gehofft, die Zahl der organisierten Genossen von 4173 auf 11218 und die der übrigen zehn Wahlkreise von 2516 auf 5597 gestiegen ist. Die 11 Kreisvereine hatten eine Gesamteinahme von 74870,17 Mk. und eine Gesamtausgabe von 71115,14 Mk. zu verzeichnen, Summen, die den Reichsverband der national-liberalen Presse erregen. Der „Volkswillen“ steigerte seine Abonnentenzahl innerhalb zweier Jahre von 12000 auf 27000. Diese Biffern haben einen „Arbeiter“ veranlaßt, der Korrespondenz des Reichsverbandes zu verraten, wie Mitglieder und Abonnenten gemorben werden. Hören wir: „Als voriges Jahr in Hannover der Formerstreik tobte, wurde den Mitgliedern des Hilfsarbeiterverbandes, dessen Vorsitzender Herr Wren ist, bei Auszahlung der Streikunterstützung so lange zugesetzt, bis sie sich verpflichteten, dem Wahlverein beizutreten und auf den „Volkswillen“ zu abonnieren. Beide Beiträge wurden ihnen sofort von der Unterstützung abgezogen.“ Diese im Original durch Sperdruck hervorgehobenen Verdächtigungen sind natürlich frech erlogen. Der Streikende ist weder ein Beitrag für das Abonnement auf den „Volkswillen“, noch ein Beitrag für den Wahlverein in Abzug gebracht worden. Auch der Stil ist eine reichsverbändlerische Musterleistung. Durch die Abfassung der erlogenen Behauptungen bei Ununterstützung der Verdacht erweckt, als ob der erwähnte Vertreter für Hannover, Genosse Wren, von diesem „sozialdemokratischen Terrorismus“ Kenntnis gehabt, ihn geduldet, ja sogar dabei mitgewirkt habe. Der wahrheitsliebende „Arbeiter“ der Korrespondenz des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie fährt dann fort: „Wie steht es in den anderen sozialdemokratischen Organisationen aus? Wer nicht Mitglied des Wahlvereins und nicht Abonnent des „Volkswillen“ ist, wird solange gedrängt, bis er ja und Amen sagt. Der wichtigste Punkt auf der Tagesordnung auf der (Provinzial-)Konferenz war die Agitation und der Fortschritt, den die neue Organisationsform gebracht hatte. Wer die neue Organisationsform kennen lernen will, der mag sich einmal als nichtsozialdemokratischer Arbeiter zwischen sozialdemokratische Arbeiter begeben, da kann er Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit nach bekanntem Muster: „Und willst Du nicht mein Bruder sein, so schlag ich Dir den Schädel ein“ zu kosten bekommen. Schikanieren bis aufs Blut, Proklosmachung, das ist die neue Organisationsform der sogenannten Arbeiterpartei. Ein Beispiel möge genügen. In einer Lindener Fabrik arbeitete ein junger Dreher, dessen Vater vor drei Jahren starb und acht Kinder hinterließ, das jüngste zirkte ein Jahr alt. Er als der Älteste mußte nun für die Familie sorgen. Da er nun nicht „zielbewußt“ war, konnte er beim besten Willen nichts verdienen. Fortwährend wurde ihm zugelegt: „Tritt in unseren Verband ein, da sollst Du Geld verdienen; so lange Du nicht bei uns bist, geht es Dir schlecht.“ Was blieb nun dem jungen Menschen weiter übrig, als der Gewalt zu weichen und überzutreten? Und dann brüßtet man sich mit hohen Mitgliederbeständen und den guten Fortschritten der neuen Organisationsform!! Pfui Teufel! Das ist nur ein Beispiel von den hunderten, die angeführt werden können.“ — Auch wir sagen pfui Teufel! denn nur ein Reichsverbändler kann die Frechheit besitzen, das Wachstum der politischen Organisation der Arbeiter auf solche verwerfliche Maßnahmen zurückzuführen. Hunderte solcher Beispiele will der Massenverleumder anführen können. Heraus mit dem Fledermisch! Kann es übrigens etwas Dünneres geben, als zu behaupten, der Verdienst eines jungen Arbeiters von Reichsverbandes und Scharfmachers Gnade hänge von seinem Eintritte in den Verband ab? Würde eine solch lächerliche Drohung, namentlich bei der heutigen Rechtfertigung, nicht für den Reichsverband ein gefundenes Fressen sein, ein Exempel zu statuieren, und den „sozialdemokratischen Terrorismus“ gerichtlich feststellen zu lassen? Erdärmliche Deuchelei ist, wenn in dem Elaborat gesagt wird: „Das koste Geld, und würde die Lage der Betroffenen nur verschlimmern.“ Für solche Angelegenheiten hat der Reichsverband immer Geld. Aber der betreffende Arbeiter kann nicht klagen, weil der gegen ihn angeblich verübte Terrorismus erlogen ist, erlogen ist wie die übrigen Verdächtigungen und zwar aus Mitleid über die Ohnmacht des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie.

**Das Internationale Sozialistische Bureau** wird am Sonntag, den 9. Juni, 6 Uhr morgens, an seinem Sitz Brüssel im Volkshaufe, Saal 9, eine Vollversammlung abhalten. Die Tagesordnung ist die folgende: 1. Prüfung der in die provisorische Tagesordnung des Stuttgarter Kongresses aufzunehmenden Fragen und der dem Bureau bereits übermittelten Resolutionen. 2. Verteilung der Stimmen an die verschiedenen nationalen Sektionen. 3. Vorschlag, die Versammlung des Bureau am Freitag, den 16. August, die der Interparlamentarischen Kommission am Sonntagabend, den 17. August abzuhalten, — die Eröffnungsfeier des Kongresses auf den 18. August festzusetzen und eine Versammlung der Herausgeber oder Redakteure der größeren sozialistischen Tagesblätter während des Stuttgarter Kongresses (am 20. oder 21. August) einzuberufen, um über die mögliche Einsetzung einer internationalen Agentur für Auskünfte über die sozialistische und Arbeiterbewegung zu beraten. 4. Die Vorbereitungen zur materiellen Gestaltung des Kongresses und Verschiedenes.

## Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksbote.“  
Berlin, den 13. Mai 1907.

52. Sitzung, Vormittags 11 Uhr.  
Am Bundesratsstische: Graf v. Posadowsky, Dernburg.

Eingegangen ist eine Vorlage betr. Verlegung des Reichstags bis zum 19. November.

Nach debatteloser Erledigung einer Reihe kleiner Vorlagen wird das Handelsabkommen mit Mexiko in zweiter Lesung beraten.

Graf Kanitz (R.) schilt unter dem Beifall der Rechten über den Vertrag, für den die Rechte aber doch stimmen werde.

Die Abgg. Herold (Z.) und Fuhrmann (M.) sprechen sich ziemlich in demselben Sinne aus.

Mollenhuth (S.D.): Wir werden oft in die eigentümliche Lage gedrängt, gegenüber den Herren der Rechten so etwas wie freiwillige Regierungskommissare zu sein. Die Agrarier sollten ihre Barmüthe sparen, denn gerade auch sie waren an der Spannung unserer handelspolitischen Beziehung zu Amerika größtenteils schuldig. Alles, was die Agrarier an Einzelbeschwerden vorbringen, soll nur ihren glühenden Wunsch nach einem Zollkrieg mit Amerika bemänteln. (Sehr wahr! b. d. Soziald.) Hier sind es die Agrarier, dort sind es die Großindustriellen, die zum Zollkrieg drängen; da sind es alle befürderten, was den friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen der Nationen dient, so werden wir für diesen Vertrag stimmen, wenn wir ihn auch unsererseits keine Regs für mustergültig erachten. (Lebh. Bravo! b. d. Soziald.)

Dohrn (Freis. Vgg.) gibt freudigen, v. Dirken (Rpt.) gibt blutenden Herzens seine Zustimmung zum Vertrage.

Dr. Böhm (Wirtsch. Vgg.) schilt auf Capriot.

Das Abkommen wird in zweiter Lesung angenommen.

Es folgt die zweite Lesung der Beamtenengesetze.

Erzberger (Str.) faßt sich in Rücksicht auf die Geschäftsfrage „kurz“, freut sich über die Verbesserungen und verlangt, daß die Reichsbeamten in die einzelnen Parlamente eintreten sollen, sowie daß die Hinterbliebenengesetze rückwirkende Kraft für die Hinterbliebenen aller Kriegsteilnehmer erlangen.

Staatssekretär Graf Posadowsky will sein Möglichstes tun.

Graf Oriola (Nat.) faßt sich in Rücksicht auf die Geschäftsfrage „kurz“ und stellt seine weitergehenden Wünsche zurück.

Siebenbürger (Koni.) tut dasselbe.

Mommsen (Freis. Vgg.) wünscht u. a. eine Revision der Bestimmungen über das Steuerprivileg der Beamten.

Dr. Südekum (S.D.): Werden diese Beamtenengesetze nicht verabschiedet, so würde diese Session auch nicht ein einziges positives Resultat haben, und die Mitglieder der Blockparteien würden nicht ohne Scham vor ihre Wähler treten können. (Oh! beim Block. Sehr wahr! b. d. Soz.) Wir geben den Gesetzen unsere Zustimmung, obwohl sie manche Wünsche unerfüllt lassen. Doch kann man die Beamten der Beamtenwitwen nicht nehmen; aber die Beamtenwitwen stehen sich immer noch besser als die Arbeiterwitwen. Bei der Revision des Beamtengesetzes muß die Frage der Staatszugehörigkeit der Beamten endlich einmal klar entschieden werden. Den Resolutionen des Reichsbeamtengesetzes und auf Besserstellung der Militärärzte stimmen wir zu. (Bravo! b. d. Soz.)

Schulz (Rpt.) spricht kurz für die Vorlage.

Die Gesetze und Resolutionen werden unverändert nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen.

Darauf folgt die dritte Lesung des Staats. In der Generaldiskussion nimmt das Wort

Veber (S.D.): Der Reichsverband betämpft neuerdings die Sozialdemokratie mit illustrierten Kanzellereden. Ich habe nichts gegen gute Karikaturen, auch wenn sie sich gegen mich richten, möchte aber im Interesse des Reichskanzlers, der doch ein literarischer Feinschmecker sein soll, bitten, das nächste Mal für bessere Illustrierung seiner Rede zu sorgen. (Heiterkeit.) — Ich glaube nicht, daß die Wählerhaft mit besonderem Wohlgefallen auf diese Parung des Reichstages zurückblicken wird. Von der Unmasse der Initianten ist auch nicht ein einziger beraten worden. (Hört, hört! bei den Soz.) Selbst von den Resolutionen zum Etat hat man noch verschiedene zurückgezogen, alles nur der Eile zu Liebe, mit der man nach Hause kommen will. (Unruhe rechts, Sehr wahr! bei den Soz.) Trotzdem ist Positives in dieser Session geleistet worden; aber ich fürchte, daß das deutsche Volk an dieser positiven Blockleistung noch lange und schwer zu tragen hat. Ich meine die Beschlüsse, die über Kolonialdinge gefaßt worden sind. Man hat — ich erinnere an Ausführungen des Generalmajors v. Francois — den ersten Schritt zur Kolonialarmee getan. Diese und andere Ausführungen von militärischer Seite sind um so wichtiger, als es ja ein offenes Geheimnis ist, daß bei uns die letzten Entscheidungen über solche Fragen nicht bei Minister und Staatssekretären, sondern an einer ganz anderen Stelle fallen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Am interessantesten war die Rolle, die der Freisinn in den Kolonialdebatten gespielt hat. Sie stand im scharfen Gegensatz zu den früheren Ansichten der freisinnigen Partei, ganz besonders zu der Haltung, die stets der Abg. Eugen Richter eingenommen hat. Eugen Richter war auch sehr im Gegensatz zu den heutigen Freisinnigen ein entschiedener Gegner der Offizierskasinos. Rechnet man noch die Haltung hinzu, die der Freisinn bei der Prüfung der Wahl des Abg. von Richtigern eingenommen hat, so kann man nicht anders, als diese Session als ein Canossa des Freisinns bezeichnen. Für die Zerbrechlichkeit des Blocks, eine Zerbrechlichkeit, die die einer Porzellanvase übertrifft (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Soz.), ist es bezeichnend, daß der Reichskanzler nicht auf die sehr realen Fragen meines Parteigenossen David antworten wollte, um nur ja nicht den holden Frieden zwischen den Blockparteien zu stören. Der Reichskanzler rühmt sich seiner Erfolge und will laut Ankündigung auf dem eingeschlagenen Wege fortfahren. Wir wünschen ihm alles Glück dazu. Es ist der Weg Napoleons des Kleinen. (Sehr gut! b. d. Soz. — Unruhe rechts.) Es gibt ja selbst innerhalb des Blocks Leute, die nicht mehr mitmachen wollen, und selbst im Schoße des Flottenvereins regt sich die Opposition. Freilich hat man nach heftigen Verhandlungen hinter verschlossenen Türen eine schöne Einmütigkeitskomödie zustande gebracht. — Es ist keineswegs nur ein ideales Band, das den Block zusammenhält, sondern auch ein sehr materielles. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Börse hat sich hervorragend an Geldsammlungen für die Wahlen beteiligt und die konservativen Börsengegner haben das Börsengeld sehr gern genommen. (Unruhe rechts.) Man hat eine Kommission zur Verteilung der Wahlgelder gebildet und aus Vertretern der verschiedenen Blockparteien zusammengesetzt. Die freisinnige Volkspartei war durch Herrn Fischbeck vertreten. (Hört, hört! b. d. Soz.) Von der Gesamtsumme wurden 8000 Mk. gleich von vornherein für die Wahl in Breslau beiseite gelegt. (Hört, hört! b. d. Soz.) Vom Rest erhielten die Konservativen zwei Sechstel, ein Sechstel die Reichspartei, zwei Sechstel die Nationalliberalen, ein Sechstel die freisinnige Volkspartei (Hört, hört! b. d. Soz.), die aber mit ihrem Anteil nicht auskam und daher noch eine Zulage erhielt. Am Golde hängt, nach Golde drängt doch alles! (Wutgeschrei beim Block.) Höchst eigenhändig hat Bülow eine Reihe von Wahlbriefen geschrieben und u. a. dem süddeutschen Volksparteiler Storz eine Gegenkandidatur vom Halbe geschafft. (Bewegung.) Ich habe nicht, wie der Reichskanzler behauptet, die Zerreibung des bürgerlichen Liberalismus proklamiert. Ganz im Gegenteil! Ich wünsche eine bürgerliche Linke, aber freilich nicht eine solche, die auf unsere Kosten gestärkt wird. Bei Stichwahlen haben wir stets die bürgerliche Linke zu stützen gesucht und wenn in mehreren Fällen unsere Parteigenossen anders gehandelt haben, so geschah das gegen den Willen des Parteivorstandes. Ich bin zum Beispiel mit aller Entschiedenheit für die Wahl des Herrn Naumann eingetreten. Der Freisinn freilich hat mit aller Energie, wie sich ja auch schon aus seinem finanziellen Verhalten zum Block ergibt, für die Wahl der ärgsten Reaktionsäre gewirkt. (Sehr wahr! b. d. Soz.) — Der Reichskanzler hat es ironisiert, daß ich ihm gegenüber Bismarck gelobt habe. Bismarck gewinnt freilich ganz außerordentlich durch den Vergleich mit Bülow. Preußen in der Welt voran; in der Tat aber schreitet Preußen hinten an. (Lärm rechts.) Es wundert mich nicht, daß die konservativen Herren lärmten. Die konservative Partei ist der ärgste Hemmschuh des Fortschritts in Deutschland und Preußen. (Lachen rechts, lebhaftes Zustimmung b. d. Sozialdemokraten.) Der Reichskanzler hat ein umfangreiches Programm entwickelt, das wir wollen nun abwarten, was daraus wird. Könnte ein wirklich freihändlerisches Vereins- und Berämmlungsrecht, so sind wir die ersten, die dafür stimmen. Eine schöne Gelegenheit, sich als Kulturförderer zu zeigen, wird Fürst Bülow auch haben, wenn wie das jeder bald der Fall sein

werd, der Ruf nach neuen Steuern erschallt. Selbst von den Nationalliberalen haben sich einige, so z. B. Mollenhuths Gegenkandidat in Glauchau-Merane für direkte Reichssteuern ausgesprochen. Besser als Haager Konferenzen und internationale Resolutionen werden direkte Steuern den Eifer für Reformen dämpfen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Jetzt aber sind es die Bedürfnisse der breiten Massen gelegten Lebensmittel, aus denen die Kosten des Militarismus bestreiten werden. (Mise recht; alle Kamellen!) Die Lattache wird dadurch nicht aus der Welt geschafft, daß sie alt ist. In den Zeiten industrieller Krisis oder gar auswärtigen Krieges wird man den Zoll nicht aufrecht erhalten können. (Unruhe recht.) Herr v. Oldenburg meint ja allerdings, daß Deutschland genug Brotgetreide und noch mehr Schweine erzeugen kann. (Heiterkeit.) Ich habe noch keine Rede des Herrn v. Oldenburg gehört, in der nicht das Schwein vorkommt. Herr v. Oldenburg will mit kommunaler Schweinezucht — vorüber sich reden lassen — und zugleich mit neuen Zuchtthausvorlagen der Sozialdemokratie zu Felde, mit Mut, wie er sich ausdrückt, will er die Sozialdemokratie bekämpfen. Mich erfreut die herzerquickende Offenheit des Herrn v. Oldenburg, aber ich weiß ja nicht, was seine Wokfreunde von der Linken dazu sagen. Aber im westpreussischen Provinziallandtage hat er noch offenerherziger gesprochen und geklagt, daß wir uns nicht provozieren lassen. Wir werden ihm aber den Gefallen nicht tun. — Fortwährend reitet der Reichstanzler auf der Behauptung herum, ich hätte in Antwerpen für Deutschland ein Sedan oder Jena gewünscht. Das ist eine völlige Verdrehung. Ich habe nur ausgeführt — und dies steht historisch fest —, daß Niederlagen bisweilen einer Nation zum Vorteil gereichen können. Preußen hat seine Reformen nach Jena, Frankreich seine Republik nach Sedan und Rußland nach seinen asiatischen Niederlagen die gegenwärtige Revolution bekommen. (Unruhe recht.) Lassalle, der mir als patriotisches Muster vorgehalten wird, hat ausdrücklich erklärt, die Existenz der Deutschen sei nicht so prekärer Natur, daß sie durch eine Niederlage der Regierungen in Frage gestellt werden können. Wir betrachten einen Krieg unter allen Umständen, auch wenn er glücklich für Deutschland ausfiele, als das größte Unglück, das die Kulturmenschen treffen könnte. Was wir in Jüterbog an Zerstörungswerkzeugen gesehen haben, hat unseren Abscheu und unser Entsetzen vor dem Kriege gesteigert. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich gebe zu, daß ich selbst noch keinen gangbaren Abrüstungsweg sehe. Gangbarer erscheint mir der Weg der Erweiterung der Kompetenz der internationalen Schiedsgerichte oder vielleicht ein internationales Parlament. (Lachen recht.) Sie (nach rechts) haben schon über manches gelacht, was nachher Wirklichkeit geworden ist. (Sehr gut! b. d. Soz.) Wir halten es für falsch, daß sich Deutschland den Verhandlungen über die Abrüstung entziehen will. Für viel bedenklicher freilich noch halten wir die provozierenden Reden, die auf der Tagung des Flottenvereins gehalten worden sind. Das war wahrhaftig eine schöne Ouverture zur Haager Konferenz. (Sehr gut! b. d. Soz.) Und solche Reden hat man für angebracht gehalten, in der Zeit der neuen Bündnisse, die wie das französisch-japanische ihre Spitze gegen Deutschland richten. Wollte der Reichstanzler eine Politik der moralischen Eroberungen treiben, wir würden ihn gern unterstützen; aber die Politik, die er jetzt treibt, lehnen wir ab und geben dieser Ablehnung durch Verweigerung des Staatsausdrucks. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

**Vassermann (Natl.):** Der Block hat ganz vortrefflich funktioniert. (Stürm. Gelächter b. d. Soz.) Der Reichstag ist auch nicht faul gewesen, wie die vielen Resolutionen beweisen. (Stürm. Gelächter b. d. Soz.) Der Flottenverein ist ein höchst vortrefflicher Verein. (Stürm. Gelächter b. d. Soz.) Herr Bebel hat in Mannheim selbst die Vortrefflichkeit des deutschen Staatswesens anerkannt. (Hört! Hört! und Beifall beim Block.)

**Saßmann-Württemberg (Südd. Vpt.):** Warum schilt Herr Bebel immer so auf die deutsche Volkspartei? Er ist doch alter Herr der Volkspartei. (Heiterkeit.) Der Reichstag hat durchaus fleißig gearbeitet. (Lachen b. d. Soz.) Ich bin der lebendige Beweis des Hasses der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokraten haben mich stützen wollen und haben die Wahl Blumenfelds und Quiddes verhindert. (Lärmende Zust. b. d. Freil. unter Führung Müller-Meinings.) Bebel ist (laut schreiend) der Träger des Fanatismus in der Sozialdemokratie und (noch lauter schreiend) aus dem Fanatismus entspringt der Terrorismus und (die Stimme des Redners überschlägt sich) die Strafe des Terrorismus sind die letzten Wahlen gewesen. (Loudere Beifall bei dem Block.) — Redner tabelt dann noch leise den Flottenverein und die Haltung Bülow's in Sachen der Abrüstungsfrage.

**Dr. Müller-Meinigen (Südp.):** Die letzten Ausführungen hat der Redner nur für seine Fraktion gemacht. (Hört! hört! und lärmende Zustimmung bei der Blockmajorität, lange Gesichter bei d. Südd. Vpt.) Im Seniorenfond haben die Sozialdemokraten selbst an den Beschlüssen teilgenommen, deren Durchführung sie jetzt tadeln. (Präf. Graf Stolberg bittet den Redner, sich nicht über den privaten Seniorenfond zu verbreiten.) Redner wirft der Sozialdemokratie weiter Verleumdung, Heuchelei, Beschimpfung, Unfähigkeit, Lügen, Schelten, Schreien usw. vor. Wir werden uns aber nicht vom rechten Wege (Zuruf b. d. Soz.: Nach rechts führend!) abbringen lassen. (Stürm. Beifalls-geschrei beim Block, besonders auf der Rechten.)

**Dr. Köstke (Wd. d. L.)** spricht mit heiserer Stimme und bleibt weit überhändlich.

**Liebermann v. Sonneberg (Wirtsch. Vgg.)** möchte am liebsten den Etat en bloc annehmen.

**Bebel (Sd.):** Herr Vassermann hat meine Ausführungen in Mannheim völlig mißverstanden. Wie ich zu der Ehre der alten Herrschaft der deutschen Volkspartei komme, weiß ich wirklich nicht. Die Veränderung der Stellung der Süddeutschen Volkspartei zu der Kolonialpolitik hat Herr v. Payer in einer Rede in München ausdrücklich konstatiert. — Die Liberalen heißen die Sozialdemokratie, weil sie sich durch dieselben aus den industriellen Städten, ihren früheren Hochburgen, verdrängt sehen. Wir aber unterstützen trotz dieses Hasses die Liberalen überall da, wo sie wirklich liberal auftreten. — Abg. Müller-Meinigen hat wieder einmal von einem Wahlbündnis des Zentrums und der Sozialdemokraten gesprochen. Ein taktisches Zusammengehen ist kein Bündnis. Es gibt keine schärferen Gegensätze als Zentrum und Sozialdemokratie. — Herr Müller-Meinigen sagt, er sei auf dem rechten Wege. Wir wollen ihn auf dem Wege zur Rechten nicht stören. (Gr. Vitt. und lebh. Beifall b. d. Soz.)

Damit schließt die Generaldebatte.

In der Spezialdiskussion kommt beim Etat der Reichstanzler

**v. Dam (WVgg.)** auf die Braunschweigische Frage zurück. Die Thronbesteigung des Herzogs Ernst August würde auf die welfische Agitation in Braunschweig und Hannover nicht belebend, sondern versöhnend wirken. (Sehr wahr! bei Abg. Göz v. Olenhusen.)

**Braunschweigischer Bundesratsbevollmächtigter Boden** erklärt den Bundesratsbeschluss vom 22. Januar d. J. für maßgebend für die braunschweigische Regierung.

**Die Abg. Wehl (Natl.), Dr. Barenhorst (Apt.)**

und Göz v. Olenhusen (Welfe) sprechen über die welfische Frage.

**Staatssekretär Graf Bosadowsky:** Der innere Frieden des Reiches steht über der Legitimitätsfrage. (Beifall.)

**Dr. Hieber (Natl.)** verbreitet sich unter allgemeiner Unaufmerksamkeit über die Eisenbahngemeinschaft.

**Ulrich (Sd.):** Die Reichseisenbahngemeinschaft muß durchgeführt werden, wenn auch der preussische Partikularismus aus sehr egoistischen Beweggründen sich dagegen stemmt. Dieser eigennützige preussische Eisenbahnfanatismus hat namentlich die Stadt Mainz schwer geschädigt. Fürst Bülow sollte sich mehr als Reichstanzler, denn als preussischer Ministerpräsident fühlen. (Beif. b. d. Soz.)

Der Etat des Reichstanzlers und der Reichstanzlei wird bewilligt.

**Nächste Sitzung:** Dienstag 1 Uhr. (Dritte Lesung des Handelsabkommens, der Beamtengeetze, des Etats, Wahlprüfungen.)

**Schluß:** 7¼ Uhr.

### Aus dem Gerichtssaal.

**So behandelt man deutsche Vaterlandsverteidiger.** Aus Dresden berichtet die „Frankf. Ztg.“: Wegen Verharrens im Ungehorsam und Achtungsverletzung hatte sich dieser Tage ein Landwehrmann Lindner, der sich dieser Vergehen gelegentlich einer Anstalt hier abgehaltenen Kontrollversammlung schuldig gemacht haben sollte, vor dem hiesigen Kriegsgericht zu verantworten. Nach längerem Stehen in Reich und Glied hatte der 33 Jahre alte Angeklagte, den die Kontrollversammlung leitenden Oberleutnant gebeten, einmal austreten zu dürfen. Als ihm die Erlaubnis hierzu verweigert wurde, hatte er seine Bitte mit dem Hinweis auf ein Blasenleiden, an dem er krankt, erneuert. Darauf erfolgte abermals der Befehl, sofort in die Front zurückzutreten, und da Lindner etwas zögerte, diesem Befehle zu folgen und dabei noch etwas vor sich hingemurmelt haben soll, worin die Anklage einen Ausdruck des Unwillens erblickt, so wurde er wegen groben Vergehens gegen die militärische Disziplin in den Anklagezustand versetzt. Das Urteil des Gerichtshofes gegen Lindner, der übrigens verheiratet und Vater von fünf Kindern ist, lautete auf 7 Wochen Gefängnis. Der Vertreter der Anklage hatte 3 Monate Gefängnis beantragt.

**Ein Stück Sklaventum aus der Gegenwart.** Auf einer Reise in Tanger in Marokko kam der Schriftsteller und Forschungsreisende Karl Hugo Rudolf Zabel auf den Gedanken, sich einen billigen Diensthofen mit in seine Heimat Sachsen zu nehmen. Mit den europäischen Diensthofen war rein nichts mehr anzufangen. Sie wollten zunächst bezahlt sein, ließen sich in den meisten Fällen nicht prügeln und machten zu viel Ansprüche in bezug auf die Beköstigung. Er „mietete“ also in Tanger einen etwa 13jährigen Marokkanerjungen mit unaußersprechlichem Namen, wobei er dessen Mutter vorspiegelte, er wolle ihm eine europäische Erziehung angedeihen lassen und ihn zur Gesellschaft seiner Kinder verwenden. Dabei hütete er sich wohlweislich, das Konsulat von diesem Handel in Kenntnis zu setzen, der „Vertrag“ wurde vielmehr unter Zeugenhaft einiger Kapitäne abgeschlossen. Der kleine Marokkaner — ein äußerst intelligenter Junge — freute sich königlich auf die Reise nach Deutschland und auf die „europäische Erziehung“, die er genießen sollte. Diese „europäische Erziehung“ ließ denn auch nicht lange auf sich warten, sie sollte aber wesentlich andere Gefühle bei ihm auslösen, als wie er sie sich vorgestellt hatte. In seinem Bestimmungsort in Niederwarta bei Dresden angekommen, mußte er das ganze Haus reinigen und in Ordnung halten, Scheuern, fegen, aufwaschen, im Garten arbeiten, Holz hacken — kurzum alle Arbeiten verrichten, die in einem größeren Haushalt vorkamen. Außer ihm war an Dienstpersonal nur noch eine Kinderfrau vorhanden, die sich aber nur mit den Kindern zu beschäftigen hatte. Dabei bekam er oftmals fast ungenießbares Essen, beispielsweise die grünen Blätter vom Blumenkohl. Fast alle Tage, bei jeder Gelegenheit gab es Prügel. Die „Herrin“ — sie sah so aus, als könnte sie keiner Fliege etwas zu leide tun — bedachte ihn mit Ohrfeigen. Der „Herr“ ließ ihn oftmals bis aufs Hemd ausziehen, dann legte es Niebe, daß die Schläge auf dem nackten Körper nur so klatschten. Dazu verwendete er teils einen Rohrstock, teils einen dicken Knüttel. Die Haare wurden ihm von seinen „Erziehern“ selbst geschneitten, und zwar in der Weise, daß in der Mitte ein langer Büschel stehen blieb, „damit ihn die „Herrin“ dort anfassen konnte“, wie er glaubhaft versicherte. Es war ihm streng verboten, mit jemandem zu sprechen. So ging es anderthalb Jahre fort. Er konnte kaum ein Wort Deutsch reden; von den „europäischen Sitten“ hatte er bisher nur deutsche Prügel kennen gelernt. Zur Reklame ließ er in seinen roten Pumphosen Sommer und Winter herum. Seine Erzieher hatten ihn vorsichtigerweise in der Krankenkasse angemeldet und dort einen Wochenlohn von 133 Mk. angegeben. Er hat in den anderthalb Jahren keinen Pfennig Lohn zu sehen bekommen. Man schwindelte ihm vor, die Hälfte betäme seine Mutter geschickt und die andere Hälfte sei auf der Bank deponiert. Daraus war kein wahres Wort. Sechs Mark, die ihm einmal geschenkt wurden, wurden ihm bald darnach wieder weggenommen, weil er eine Schüssel zerbrochen hatte, die 100 Mk. Wert hätte. Der Marokkanerjunge war ein guter gläubiger Mohammedaner. Inbrünstig betete er zu Allah, daß er ihn von seinen Peinigern befreien und seiner Mutter wieder zuführen möge. Allah half ihm nicht, aber in einem Moment tiefster Erniedrigung ward er sich seiner Menschenwürde bewußt, sprengte die Fesseln und — ward frei. Die zarte „Herrin“ mit den sanftmütigen Augen hatte ihm einen Fußtritt in die Geschlechtssteile gegeben, daß er ohnmächtig zusammenbrach. Als er wieder zur Besinnung kam, ging er zum Gemeindevorstand von Köstchenbroda — wohin seine „Erzieher“ inzwischen verzogen waren — und bat in abgerissenen Worten, soweit er sich verständlich machen konnte, um Schutz vor seinen Peinigern. Die Kinderfrau bestätigte bei ihrer Vernehmung auf dem Gemeindevorstand die schlechte Behandlung, die sie vielfach hatte mit ansehen müssen. Inzwischen hatten aber schon die Nachbarn, die die schmerzhaften Schreie des armen Jungen bei der Anwendung der „europäischen Erziehung“ gehört hatten, den Kinderhelferverein verständigt und dieser stellte Untersuchungen an. Der Marokkanerjunge kam zu einem Pfleger Namens Zimmer, der sich keiner in menschenfreundlicher Weise annahm. Die beiden „Erzieher“ hatten sich wegen gefährlicher Körperverletzung vor dem Dresdener Schöffengericht zu verantworten. Der neue Pfleger des Verletzten hatte sich dem Verfahren als Nebenkläger angeschlossen und forderte die Bestrafung der Angeklagten und 200 Mk. Buße an den Jungen. Trotz des gravierenden Ergebnisses der Beweisaufnahme beantragte der Amtswalt nur eine geringe Geldstrafe für die angeklagte Ehefrau, während er die „Erziehungsmethode“ des Mannes als straflos bezeichnet. Das Gericht erkannte bei der Frau auf 50 Mk. Geldstrafe wegen gefährlicher Körperverletzung und beim Mann ebenfalls 50 Mk. wegen einfacher Körperverletzung. Außerdem wird dem Mißhandelten ein Schmerzensgeld von 20 Mk. zugesprochen. — Ein überhört mildes Urteil!

**Ein Polizeischaubal.** In Saarbrücken spielte sich kürzlich eine Gerichtsverhandlung ab, die das Kapitel „Schutz vor Schutzeiten“ um einen Fall bereichert und gleichzeitig gezeigt hat, was sich die Polizei oder einzelne Polizeigewaltigen gegenüber dem Publikum im Staate Breußen erlauben dürfen. Angeklagt war nicht die Hochwohlblütliche, sondern ein Gastwirt und zwei Bürger von Saarlouis des Widerstandes gegen die Stadt- und Staatsgewalt, der Körperverletzung und Befangenenbefreiung. Der Sachverhalt ist kurz folgender: Das Stadtoberhaupt von Saarlouis, dem Wahlkreis des Sitten-Moeren, verfügte vorigen Jahres kraft seines Amtes, daß zur Debung der Sittlichkeit in den Wirtschaften weder Speise noch Trank durch Damenhände den Gästen verabreicht werden dürfe. Die bis dort tätigen Stellvertreter mußten das geheiligte Saarlouis verlassen. Während der Abreise kommt zu dem Wirt D. eine junge Dame, Tochter eines Polizeibeamten aus Köln, auf Besuch, und diese begehrt nun die schändliche Tat und hilft ihrer Verwandten, der Wirtsfrau, des Mittags eine Portion Essen in der Wirtschaft aufzutragen, wodurch die „christliche“ Weltordnung sofort gestört wurde. Der Wirt erhielt ein Strafmandat, die Dame einen Ausweisungsbefehl, innerhalb 24 Stunden das sittenreine Saarlouis zu verlassen. Dazu wurde dem Wirt die Polizeistunde sofort auf 10 Uhr festgesetzt, obgleich die Konzession bis 12 Uhr lautete. Als er des Abends um 10 Uhr nicht schloß, kam der Polizeikommissar Derflott mit der ganzen Polizeimacht, dazu einem Gefreiten und zwei Mann von der Militärwache, wie der Hauptmann von Köpenick vor die Wirtschaft, gebot Feierabend, notierte die anwesenden Gäste, und als der Wirt sich diesen Eingriff in sein Hausrecht nicht gefallen lassen wollte, erklärte er diesen für verhaftet. Der Wirt, den sie mittlerweile doch „mitre“ gemacht haben, trat einem Schutzmann, der ihm Handschellen anlegen wollte, vor den Bauch, daß er lang hinslog. Als die Frau und die neun anwesenden Kinder des Mannes laut zu weinen anfangen und der Stadtgewaltige über dieses Weinen noch lachte, gerieten die anwesenden Gäste in Wut und befreiten den Wirt aus der Polizeimacht, schlugen vielmehr den „Felsbrenn“ in die Flucht. Damit hatten sich der Wirt und noch zwei Mann der obigen „Verbrechen“ schuldig gemacht und mußten sich deshalb vor der Saarbrücker Strafkammer verantworten. Während dieser Verhandlung kam die Saarlouiser Hochwohlblütliche schwer unter die Räder, denn es wurde bewiesen, daß der Wirt gar keine Damenbedienung gehabt hat, daß ihn die Polizei mit mehr als 20 Strafmandaten verfolgt hatte, die sämtlich durch das Schöffengericht annulliert wurden, daß eine zweite Strafexpedition durch den Kommissar auf die Wirtschaft durchgeföhrt worden ist, als eine Damenkapelle dort konzertieren wollte, und diese die Führungszugnisse ihrer Mitglieder nicht vorher eingeschickt hatte. Mit bewaffneter Macht nahm der Kommissar den Mädchen ihre Musikinstrumente fort, und zwar so „sacht“, daß diese dabei in Trümmer gingen, und selbst die unter Tränen geäußerten Bitten der armen Mufen, ihnen doch ihre Instrumente zu lassen, da sie damit ihr Brot verdienen müßten, stimmten den strengen und pflichttreuen Vätern der „christlichen“ Weltordnung nicht milde. Die erbetenen Trophäen der verfolgten Mufen wurden triumphierend im Polizeipalast aufgestellt. Das Gericht verkindete nach kurzer Beratung das Urteil, das auf Freisprechung aller Angeklagten lautete. Der Polizeikommissar sei materiell nicht berechtigt gewesen, die Wirtschaft zu schließen; ebenso wenig durfte er zur Verhaftung schreiten, die vollständig unbedeutend gewesen sei, da eine Übertretung der Polizeiverordnung nicht vorlag und im gegebenen Falle mit anderen Mitteln durchführbar gewesen sei. Der Wirt sei daher zum Widerstand berechtigt gewesen und kann unter den obwaltenden Umständen der Fußtritt auf den Polizeistenbauch nicht strafbar sein.

### Aus Nah und Fern.

**Brandunglück.** In Bolmarstein (Prov. Westfalen) brannte das Haus des Landwirts Tilmann ab, wobei der 11jährige Wflege Sohn mitverbrannte. Man vermutet, daß Tilmann, der erst kürzlich aus der Irrenanstalt entlassen, von der Frau aber nicht aufgenommen worden ist, das Feuer aus Rache angelegt hat. Tilmann ist flüchtig.

**Schweres Unglück.** Bei einer Übung mit einem Militärkesselballon, die bei Münden stattfand, gerieten herabhängende Eisendrähte an die elektrischen Hochspannungsleitungen der Tzar. Von den Mannschaften der Telegraphenkompanie wurden einer getötet und zwei schwer verletzt; letztere wurden bewußtlos ins Garnisonlazarett gebracht.

**Kindesmord.** In einem Tunnel der rheinischen Bahn wurde ein Kind aus dem Zuge geworfen. Der Täter wurde noch nicht ermittelt.

**Streikende Stadiregenten.** Die Stadt Remscheid steht augenblicklich im Zeichen eines Streiks der drei unbefoldeten Beigeordneten. Die Ursache dieser eigenartigen „Arbeits Einstellung“ ist in einem Schreiben des Oberbürgermeisters zu finden, worin dieser einem der Beigeordneten mitteilte, er wolle von jetzt an die Leitung der Badeanstalt, die der Beigeordnete bis jetzt in Händen hatte, wieder selbst übernehmen. Als der betreffende Beigeordnete, der dieses Vorgehen des Oberbürgermeisters als Kränkung empfand, sein Amt niederlegte, taten die anderen beiden Beigeordneten daselbe, indem sie sich mit ihrem Kollegen im Ehrenamte solidarisch erklärten.

**25 Personen getötet.** Auf der Southern Pacific-Bahn ereignete sich unweit der Station Honda ein Eisenbahnunfall, bei dem 25 Menschen ums Leben kamen und 15 schwer verletzt wurden.

**Durch eine große Feuersbrunst** wurden in Paris die Eisenkonstruktions-Werkstätten der Firma la Chapelle zerstört. Der Schaden wird auf zwei Millionen Franks geschätzt. Vier Feuerwehrleute erlitten Verletzungen. Durch das Geschehen, das sich am Brandplaz ansammelte, wurden die Sprengschlächter zerschneitten. Einer der Schutzleute, die die Menge zum Weitergehen aufforderten, erhielt einen Messerstich in den Kopf.

**Zwanzig Personen ertrunken.** Eine Lloydpost aus Montevideo meldet, daß von dem gestrandeten Dampfer „Poitou“ 20 Passagiere und Mannschaftsleute ertrunken sind. Das Schiff ist total wrack.

**Ein sächsisches Polizeikürchen.** In Gröbern trat neulich in einer Versammlung der Ortsgruppe des Sozialdemokratischen Vereins für den 7. sächsischen Wahlkreis (Meißen) ein junger Mann dem Verein bei. Als dieser Genosse nach einiger Zeit das Lokal verließ und eine von seiner vor kurzem abgeschlossenen Militärdienstzeit herrührende Soldatenmütze aufsetzte, folgte ihm der Gendarm, nahm ihm die Mütze vom Kopfe, riß die Kotarbe ab und polterte dabei: „Schämen Sie sich nicht, eine solche Mütze zu tragen!“ Unschämend glaubte der Gendarm, er müsse den Sozialdemokraten zur zweiten Klasse des Soldatenstandes degradieren. Es wird ihm durch eine Beschwerde klar gemacht werden, daß er dazu keine Kompetenz hat.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: L. H. Schwardt. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.